

Sina Fabian

»Popular Capitalism« in Großbritannien in den 1980er-Jahren*

»In the 80s I became a capitalist with NFC shares and used some of my unearned rewards to become a home owner. I also bought my first brand new car ever.«¹ So bilanzierte ein britischer Arbeiter im Jahr 1990 das vorangegangene Jahrzehnt. Es zeichnete sich für ihn allerdings noch durch ein weiteres Merkmal aus: »It was also the decade of redundancy '83 and '86.«² Die 1980er-Jahre waren für ihn demnach sowohl eine Zeit des steigenden materiellen Wohlstands als auch ein zumindest streckenweise prekärer Lebensabschnitt. Diese beiden Pole sind charakteristisch für die Regierungszeit Margaret Thatchers.³ Doch wie lassen sich der steigende materielle Wohlstand auf der einen und die Zunahme sozialer Unsicherheiten auf der anderen Seite, die bis heute nachwirken, erklären?

Diese Frage steht im Folgenden im Zentrum meiner Ausführungen zum »popular capitalism« in Großbritannien in den 1980er-Jahren. Der Begriff beschreibt ein sozialpolitisches Projekt der konservativen britischen Regierung unter Margaret Thatcher, das Eigentum auf eine möglichst breite gesellschaftliche Basis ausweiten wollte, um so einen Volkskapitalismus zu etablieren und die Abhängigkeit der Individuen vom Staat zu reduzieren.⁴ Ihr Ziel war es, »Arbeiter zu Eigentümern« zu machen und so den Weg zu einer »neuen Gesellschaft« zu bereiten.⁵ Die beiden Hauptsäulen dieses »Volkskapitalismus« stellten der Erwerb von Wohneigentum und der Besitz von Aktien dar.

Die Thatcher-Regierung schuf während ihrer Amtszeit von 1979 bis 1990 eine Vielzahl von Anreizen, um dieses Ziel zu erreichen. Dabei standen, wie die jüngere Forschung gezeigt hat, ökonomische Interessen, etwa bei der Privatisierung von Staatsunternehmen, teilweise hinter dem sozialpolitischen Ziel zurück.⁶ Während ein Großteil der Reformen, die zur Ausweitung des Volkskapitalismus führen sollten, bei der Bevölkerung auf großen Zuspruch stieß, zeigt der vorliegende Beitrag, dass der »popular capitalism« durchaus Schattenseiten hatte, indem er zur Ausweitung sozialer Ungleichheit beitrug. Daraus ergeben sich folgende Fragen: Mit welchen politischen Anreizen versuchte die konservative

* Für wertvolle Hinweise zu diesem Aufsatz danke ich Martina Steber, der Redaktion des Archivs für Sozialgeschichte und den Teilnehmern des Bonner Autorenworkshops.

1 Mass Observation Archive (MOA), Retrospective on the 1980s, Frühling 1990, SxMOA2/1/31/2 R470. Die »National Freight Corporation« (NFC) war ein britisches Transportunternehmen, das als eines der ersten größeren staatlichen Unternehmen während Margaret Thatchers Amtszeit im Jahr 1982 privatisiert wurde.

2 Ebd.

3 Vgl. dazu: Sina Fabian, Boom in der Krise. Konsum, Tourismus, Autofahren in Westdeutschland und Großbritannien 1970–1990, Göttingen 2016.

4 Margaret Thatcher, *The Downing Street Years*, London 1993, S. 676f. Vgl. dazu auch Ewen Henry Harvey (E.H.H.) Green, *Thatcher*, London/New York 2010, S. 97–101; Dietmar Süß, Idee und Praxis der Privatisierung. Eine Einführung, in: Norbert Frei/ders. (Hrsg.), *Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren*, Göttingen 2012, S. 11–31, hier: S. 11f.

5 Speech to Conservative Rally in Harrogate, 9.6.1987, URL: <<http://www.margaretthatcher.org/document/106880>> [1.9.2016]. Nahezu alle öffentlichen Äußerungen Margaret Thatchers finden sich auf der Seite der ihr nahestehenden »Margaret Thatcher Foundation«, URL: <<http://www.margaretthatcher.org>> [1.9.2016].

6 Matthew Francis, »A Crusade to Enfranchise the Many«: Thatcherism and the »Property-Owning Democracy«, in: *Twentieth Century British History* 23, 2012, S. 275–297; Green, Thatcher, S. 97–101.

Regierung, den Volkskapitalismus zu etablieren? Wie genau wurde das Konzept in der Bevölkerung aufgenommen? Inwieweit handelte die Bevölkerung so, wie es die konservative Regierung mit ihren Anreizen anstrebte und welche weiteren, nicht intendierten Folgen offenbarte die Popularisierung des Volkskapitalismus?

Im Fokus des Aufsatzes stehen somit die konkreten Praktiken des »popular capitalism« sowohl mit Blick auf die Regierung als auch auf die britische Bevölkerung sowie seine sozialen Auswirkungen. Zur historischen Entwicklung des Konzepts und seiner ideellen Verortung liegen bereits mehrere Studien vor.⁷ Während Überblicksdarstellungen auf die gesellschaftlichen Auswirkungen einzelner Aspekte des »popular capitalism«, wie die Zunahme sozialer Ungleichheit und einer hohen Verschuldung privater Haushalte, hinweisen, wurden sie bisher nur in geringem Maße detailliert und übergreifend untersucht.⁸ Dies ist auch deshalb von Interesse, weil die in den 1980er-Jahren angelegten Entwicklungen die britische Gesellschaft bis heute nachhaltig prägen.

In einem ersten Schritt nehme ich das Konzept des »popular capitalism« in den Blick und untersuche seine Genese und seine politische Verortung. So lassen sich die Reformen und Anreize der Regierung sowie die sozialen Konsequenzen verstehen, die in den folgenden Abschnitten Gegenstand der Untersuchung sind. Anschließend steht die Ausweitung des Aktienbesitzes im Vordergrund, während ich im darauffolgenden Kapitel die Ausweitung von Wohneigentum in der britischen Bevölkerung analysiere. Der dritte Abschnitt führt die beiden Entwicklungen zusammen und untersucht die sozialen Auswirkungen des Volkskapitalismus, insbesondere die Zunahme sozialer Ungleichheit.

In meinen Ausführungen stütze ich mich in erster Linie auf öffentliche Äußerungen Margaret Thatchers und auf Regierungsakten ihrer Amtszeit. Eine weitere zentrale Quellenbasis stellen die Selbstzeugnisse aus dem »Mass Observation Archive« (MOA) dar. Das »Mass Observation Project« (MOP) versendet mehrmals im Jahr Fragekataloge, zu denen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Essayform äußern. Diese beschäftigen sich mehrheitlich mit Themen des Alltags und aktuellen gesellschaftlichen Fragen. Trotz der Fülle des Materials lassen sich aus den Berichten keine allgemeingültigen, quantitativen Befunde ableiten. So sind etwa Akademiker aus dem linksliberalen Milieu und ältere Frauen unter den Teilnehmern deutlich überrepräsentiert. Auch die teilweise suggestive Themen- und Fragestellung wirft quellenkritische Probleme auf. Deshalb werden die MOP-Berichte als Zeitzeugen-Äußerungen verstanden und interpretiert, die einen Einblick in die zeitgenössische Wahrnehmung einer Vielzahl von Einzelpersonen geben.⁹

7 Vgl. ebd., S. 83–101; *Francis*, »A Crusade to Enfranchise the Many«; *Harriet Jones*, »This is Magnificent!«: 300,000 Houses a Year and the Tory Revival after 1945, in: *Contemporary British History* 14, 2000, S. 99–121; *dies.*, »New Conservatism«? The Industrial Charter, Modernity and the Reconstruction of British Conservatism after the War, in: *Becky Conekin/Frank Mort/Chris Waters* (Hrsg.), *Moments of Modernity. Reconstructing Britain 1945–1964*, London 1999, S. 171–188.

8 Vgl. *Graham Stewart*, *Bang! A History of Britain in the 1980s*, London 2013, S. 380–424; *John Campbell*, *Margaret Thatcher*, Bd. 2: *The Iron Lady*, London 2003, S. 232–252; *Richard Vinen*, *Thatcher's Britain. The Politics and Social Upheaval of the 1980s*, London 2009, S. 178–208.

9 Vgl. zum »Mass Observation Project« und seinen methodologischen Schwierigkeiten *Nick Hubble*, *Mass-Observation and Everyday Life. Culture, History, Theory*, Basingstoke/New York 2006; *Anabella Pollen*, *Research Methodology in Mass Observation Past and Present: »Scientifically, about as Valuable as a Chimpanzee's Tea Party at the Zoo«?*, in: *History Workshop Journal* 75, 2013, S. 215–235; *David Bloome/Dorothy Sheridan/Brian Street*, *Reading Mass Observation Writing: Theoretical and Methodological Issues in Researching the Mass Observation Archive*, in: *Occasional Papers of the Mass Observation Archive*, 1993, Nr. 1, o. S.

I. »A NATION OF OWNERS« – DAS KONZEPT DES »POPULAR CAPITALISM«

»Private ownership – of companies, of homes, of property of every kind – goes far deeper than mere efficiency. All of us in politics have dreams. It is part of mine to give power and responsibility back to people, to restore to individuals and families the sense and feeling of independence. The great reform of the last century was to make more and more people voters. The great reform of our time is to make more and more people owners. Popular capitalism is a crusade: a crusade to enfranchise the many in the economic life of Britain.«¹⁰

In dieser Aussage, die Margaret Thatcher in leicht abgeänderter Form mehrfach öffentlich kundtat, kommt zum Ausdruck, was die Premierministerin unter »popular capitalism« verstand und welche Bedeutung sie ihm beimaß. Für sie war er demnach ebenso bedeutsam wie die Ausweitung des demokratischen Wahlrechts im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Zudem wird deutlich, dass Thatcher mit der Ausweitung des »popular capitalism« auf eine Veränderung der Gesellschaft abzielte. Ihr Hauptfokus lag auf der breiten Mittelschicht, die sie als »ordinary working people« verstand. Dabei vermied sie dezidiert den Klassenbegriff.¹¹ Der Volkskapitalismus sollte es diesem Teil der Bevölkerung ermöglichen, Eigentum zu erwerben, um so möglichst unabhängig vom Staat zu sein. Bereits in diesem Verständnis ist eine soziale Ungleichheit angelegt. Sie impliziert, dass jede Person, wenn sie sich anstrengt, die Möglichkeit habe, vom »popular capitalism« zu profitieren:

»This is the way to build one nation, not to look at them as north or south, one class or another. We say: It does not matter who you are, where you come from, you shall have your opportunity and you too shall own property; you too shall have the chance to own shares, build up your savings. That is the way to build one Britain – and we are doing it.«¹²

Haushalte, die dennoch weiterhin in Abhängigkeit vom Staat lebten, waren Thatchers Verständnis nach weitgehend selbst schuld daran, weil sie sich nicht genug anstrebten. Dieses Verhalten würde durch eine großzügige Unterstützung des Staats noch gefördert. Deshalb sollte der Staat nur in absoluten Notlagen helfen und lediglich die Lebensgrundlage sichern.¹³ Ihr Biograf John Campbell attestiert ihr auf dieser Basis fehlendes Mitgefühl und Verständnis für die Lebenslagen ärmerer Menschen.¹⁴ Durch den Volkskapitalismus, so die Hoffnung Thatchers, könnte sich die Mehrheit, die erfolgreich daran partizipierte, um den kleinen Teil der Bevölkerung kümmern, dem dies nicht gelang. So könne sich der Staat

10 Speech at Lord Mayor's Banquet, 10.11.1986, URL: <<http://www.margaretthatcher.org/document/106512>> [1.9.2016].

11 Vgl. *Jon Lawrence/Florence Sutcliffe-Braithwaite*, Margaret Thatcher and the Decline of Class Politics, in: *Ben Jackson/Robert Saunders* (Hrsg.), *Making Thatcher's Britain*, Cambridge/New York etc. 2012, S. 132–147; *David Cannadine*, *Class in Britain*, London 2000, S. 171–180.

12 TV Interview for BBC, 11.5.1987, URL: <<http://www.margaretthatcher.org/document/106615>> [1.9.2016]. Mit dem Begriff »one nation« bezog sich Thatcher auf eine einflussreiche Strömung innerhalb der Konservativen, die paternalistisch und sozialpolitisch ausgerichtet und Konsens orientiert ist. One-Nation-Tories beziehungsweise »Wets« gehörten zu den parteiinternen Kritikern Thatchers. Vgl. dazu *Green*, Thatcher, S. 41–46; *Eric J. Evans*, Thatcher and Thatcherism, London/New York 1997, S. 41–48. Vgl. dazu auch *Florence Sutcliffe-Braithwaite*, Neo-Liberalism and Morality in the Making of Thatcherite Social Policy, in: *The Historical Journal* 55, 2012, S. 497–520; *Richard Toye*, From »Consensus« to »Common Ground«. The Rhetoric of the Postwar Settlement and its Collapse, in: *Journal of Contemporary History* 48, 2013, S. 3–23, hier: S. 17–23.

13 Interview for *Woman's Own*, 23.9.1987, URL: <<http://www.margaretthatcher.org/document/106689>> [1.9.2016].

14 *Campbell*, Thatcher, Bd. 2, S. 247f.

weitgehend aus der sozialen Fürsorge herausziehen.¹⁵ Dieses Verständnis kommt in dem häufig verkürzten Zitat Thatchers »There is no such thing as society« zum Ausdruck. Im Gesamtzusammenhang betont Thatcher, dass zu viele Menschen ihre Probleme auf die Gesellschaft abwälzten, in der Überzeugung, diese kümmere sich darum:

»Who is society? There is no such thing! There are individual men and women and there are families and no government can do anything except through people and people look to themselves first. It is our duty to look after ourselves and then also to help look after our neighbour and life is a reciprocal business [...].«¹⁶

Aufgabe der Regierung war es demnach, Reformen durchzuführen und Anreize zu schaffen, die die Etablierung des »popular capitalism« förderten. So sollte eine neue Gesellschaftsordnung entstehen, in der der Staat kaum noch eine Rolle spielte. Dies betraf insbesondere den Wohnungssektor. Thatchers Meinung nach war es nicht die Aufgabe des Staats, für Wohnraum zu sorgen.¹⁷

Thatcher verwendete den Begriff »popular capitalism« häufig synonym mit »property-owning democracy« oder »share-owning democracy«.¹⁸ Er tauchte seit 1986 vermehrt in den öffentlichen Äußerungen der Premierministerin und anderer Regierungsmitglieder auf, so etwa prominent auf dem Parteitag der Konservativen im Oktober 1986 in Bournemouth und bei der Vorstellung des Haushaltsplans im selben Jahr.¹⁹ »Popular capitalism« bezog sich zumeist auf Eigentum jeglicher Art, beispielsweise Immobilien, Aktien, Land oder die Teilhabe an einem Unternehmen. Thatchers Ziel war es, aus jedem Menschen einen Kapitalisten zu machen. Was genau einen Kapitalisten ihrer Meinung nach auszeichnete, beschrieb sie jedoch unterschiedlich. Ein Argument, das in diesem Zusammenhang regelmäßig genannt wurde, war, dass Eigentum die Bürger unabhängiger vom Staat mache.²⁰

15 Vgl. Speech at Lord Mayor's Banquet, 10.11.1986; Speech to Scottish Conservative Party Conference, 15.5.1987, URL: <<http://www.margaretthatcher.org/document/106814>> [1.9.2016]. Darauf, dass diese Vision bei Weitem nicht Realität wurde, sondern die Aufwendungen etwa für den staatlichen Gesundheitssektor und für die staatliche Arbeitslosenunterstützung in den 1980er-Jahren zunahmen, haben Studien bereits hingewiesen. Vgl. *Jenny Pleinen*, »Health inequalities« und Gesundheitspolitik im Großbritannien der »Ära Thatcher«, in: AfS 54, 2014, S. 245–265; *Winfried Süß*, Massenarbeitslosigkeit, Armut und die Krise der sozialen Sicherung. Großbritannien und die Bundesrepublik im Vergleich, in: *Thomas Schlemmer* (Hrsg.), Die Krise der Arbeitsgesellschaft 1973–1989. Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext, München 2009, S. 55–66.

16 Interview for Woman's Own, 23.9.1987, URL: <<http://www.margaretthatcher.org/document/106689>> [1.9.2016]. Vgl. dazu auch *Green*, Thatcher, S. 43f.

17 Vgl. *Campbell*, Thatcher, Bd. 2, S. 234f.

18 Vgl. zum Begriff und Konzept der »property-owning democracy« *Ben Jackson*, Property-Owning Democracy. A Short History, in: *Martin O'Neill/Thad Williamson* (Hrsg.), Property-Owning Democracy. Rawls and Beyond, Malden 2012, S. 33–52.

19 Speech to Conservative Party Conference, 10.10.1986, URL: <<http://www.margaretthatcher.org/document/106498>>; Nigel Lawson, 1986 Budget, 18.3.1986, URL: <<http://www.margaretthatcher.org/document/109503>> [1.9.2016]. Da die konservative Regierung nicht trennscharf zwischen den Begriffen »property-owning democracy«, »capital-owning democracy« und »popular capitalism« unterschied und sie häufig synonym gebrauchte, verwende ich im Folgenden die Bezeichnung »popular capitalism« oder »Volkskapitalismus«.

20 Vgl. beispielsweise: Speech in Finchley, 2.5.1979, URL: <<http://www.margaretthatcher.org/document/104072>>; Interview for Observer, 11.4.1983, URL: <<http://www.margaretthatcher.org/document/105127>> [1.9.2016]. Die Vorzüge einer »property-owning democracy« wurden auch unter progressiven Labour-Politikern wie Anthony Crosland und Labour nahestehenden Ökonomen wie James Meade diskutiert. Die Ausweitung von Besitz sollte in dieser Variante in erster Linie soziale Ungleichheit abbauen. Vgl. *Ben Jackson*, Revisionism Reconsidered: »Property-Owning Democracy« and Egalitarian Strategy in Post-War Britain, in: *Twentieth Century British History* 16, 2005, S. 416–440.

In Thatchers Äußerungen nahm die Akkumulation von Eigentum einen wesentlich höheren Stellenwert ein als Investitionen.²¹ Sie war der Meinung, Kleinanleger an der Börse seien nicht auf schnelle Gewinne aus, sondern wollten mithilfe des Aktienbesitzes langfristig ein Vermögen ansparen: »The small investor buys not really to sell the next day, the next week, the next month, the next year. Most of them buy to put it, as we would say, in the bottom drawer, to give an investment for the future.«²² Wenn es nach der Premierministerin gegangen wäre, sollte Eigentum vererbt anstatt reinvestiert werden:

»In about 25 years' time, even as far as we have got now, there will be quite a lot of people, very ordinary folk, great grandchildren, who will be inheriting something, because for the first time we will have a whole generation of people who own their own homes and will be leaving them, so that they topple like a cascade down the line of the family, leaving to others not only their homes but some of their shares.«²³

Thatcher maß Sparsamkeit eine hohe Bedeutung zu. Diese sollte sich nicht nur auf den Staatshaushalt beziehen, sondern auch auf Privathaushalte. Ihr Biograf John Campbell führt dies auf ihre methodistische Erziehung und das Vorbild ihres Vaters Alfred Roberts zurück.²⁴ Dieser besaß zwei Lebensmittelgeschäfte und engagierte sich vielfältig: politisch als Stadtrat und Bürgermeister, kirchlich als Laienpriester der konservativen Strömung in der methodistischen Kirche. Werte wie Sparsamkeit, Fleiß und Eigenverantwortung bekam Thatcher so frühzeitig und eindringlich vermittelt.²⁵ Finanzspekulationen stand sie deshalb skeptisch gegenüber.²⁶ Campbell erklärt: »[S]he did not really approve of the Stock Exchange, believing at heart that wealth should be earned by making and selling real goods and services, not by gambling and speculation.«²⁷ Gleichwohl betonte die Premierministerin öffentlich, wie erfolgreich die Liberalisierung des Finanzwesens und die Neustrukturierung der Börse waren, die erst die hohen Investitionen und Spekulationen ermöglicht hatten.²⁸

In Bezug auf Privathaushalte und den Volkskapitalismus stand für sie jedoch stets die Akkumulation von Eigentum im Vordergrund und nicht die Profitmöglichkeiten, die sich daraus ergaben. Jüngere Studien haben deshalb darauf hingewiesen, dass Thatchers Politik nicht dem neoliberalen Ideal entsprach. Das Festhalten an traditionellen Werten, nach denen sie erzogen worden war, beeinflusste ihr politisches Handeln ebenfalls stark. »A family-centred, moralistic individualism underpinned Thatcherite policies; this individualism was not precisely congruent with that of neo-liberal theorists.«²⁹ Im »popular capitalism« kamen diese mitunter widerstreitenden Überzeugungen zum Ausdruck.

21 Vgl. dazu exemplarisch: Speech at Lord Mayor's Banquet, 10.11.1986; Speech to Scottish Conservative Party Conference, 15.5.1987.

22 TV Interview for Thames TV This Week, 10.12.1987, URL: <<http://www.margaretthatcher.org/document/106993>> [1.9.2016].

23 Interview for The Times, 24.3.1986, URL: <<http://www.margaretthatcher.org/document/106206>> [1.9.2016].

24 Campbell, Thatcher, Bd. 2, S. 249.

25 Vgl. dazu: John Campbell, Margaret Thatcher, Bd. 1: The Grocer's Daughter, London 2000, S. 1–33.

26 Vgl. Sutcliffe-Braithwaite, Neo-Liberalism and Morality; Jacqueline Botterill, Consumer Culture and Personal Finance. Money Goes to Market, Basingstoke/New York 2010, S. 135ff.

27 Campbell, Thatcher, Bd. 2, S. 248f.

28 Vgl. Speech at Lord Mayor's Banquet, 10.11.1986, URL: <<http://www.margaretthatcher.org/document/106512>>; TV Interview for BBC1 Panorama, 8.6.1987, URL: <<http://www.margaretthatcher.org/document/106647>> [1.9.2016].

29 Sutcliffe-Braithwaite, Neo-Liberalism and Morality, S. 497. Vgl. dazu auch Campbell, Thatcher, Bd. 2, S. 248–252; Jim Tomlinson, Thatcher, Monetarism and the Politics of Inflation, in: Jackson/Saunders, Making Thatcher's Britain, S. 62–77. Vgl. zur Rolle, die ihre religiöse Überzeugung spielte, jüngst: Eliza Filby, God and Mrs Thatcher. The Battle for Britain's Soul, London 2015.

Die Idee, die Ausweitung von Eigentum in der breiten Bevölkerung zu fördern, damit diese möglichst unabhängig vom Staat sei, hatte eine lange Tradition in der Konservativen Partei.³⁰ Der schottische Abgeordnete Noel Skelton brachte den Begriff »property-owning democracy« bereits 1923 auf. In diesem Zusammenhang sprach er sich für die Teilhabe der Arbeitnehmer an ihren Unternehmen aus. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs propagierte der konservative Premierminister Anthony Eden eine »property-owning democracy«, die in erster Line auf dem Besitz von Wohneigentum fußen sollte. Bis zum Regierungsantritt Thatchers wurde das Konzept, das unterschiedliche Formen des Besitzes beinhaltete, vielfach diskutiert. So kam bereits Ende der 1950er-Jahre der Aufruf: »Everyman a capitalist« auf. In der gleichnamigen Broschüre des »Conservative Political Centre« sprach sich der parteiinterne Thinktank für Investitionen breiter Bevölkerungsschichten in die britische Wirtschaft aus.³¹ Gemeinsam war den konservativen Vertretern einer »property-owning democracy« die Überzeugung, dass die Bevölkerung dadurch unabhängiger vom Staat werde. Damit verknüpft war die skeptische bis feindliche Haltung der Tories gegenüber der insbesondere seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs unter Labour initiierten Verstaatlichung einer Vielzahl von Unternehmen. Anders als es Thatcher vielfach betonte, hatte zwischen den Tories und Labour kein Konsens für eine »mixed economy« bestanden. Die Premierministerin knüpfte mit dem Volkskapitalismus somit an eine lange Tradition der Konservativen an.³²

Dem Konzept lag das neoliberale, humankapitalistische Verständnis des Individuums als Unternehmer seiner selbst zugrunde. Wie Ulrich Bröckling gezeigt hat, war es ein zentraler Bestandteil neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.³³ Es fußte auf der Vorstellung des Homo oeconomicus. Dieser treffe Entscheidungen stets rational, wäge die Vor- und Nachteile ab und entscheide sich dann für die für ihn beste Option. Bröckling folgend, lässt sich ein so imaginiertes Bürger in gewünschter Weise durch die Regierung steuern: »Wenn der Einzelne stets seinen Nutzen zu maximieren sucht, kann man seine Handlungen steuern, indem man deren Kosten senkt oder steigert und so das Kalkül verändert.«³⁴ Aufgrund dieser Vorstellung schuf die Thatcher-Regierung Anreize, die die Etablierung des Volkskapitalismus begünstigen sollten. In diesem Sinne sind die im Folgenden dargestellten Anreize zu Aktienwerb und Hauskauf zu verstehen. Dem unternehmerischen Selbst sollten die größtmögliche Entscheidungsfreiheit und eine Vielzahl an Optionen zustehen, aus denen es sich die für ihn passenden herausuchen konnte.³⁵ Zu diesem Verständnis gehörte jedoch auch, dass das unternehmerische Selbst nicht vor eigenen Fehlentscheidungen geschützt werden musste.

Eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung des Volkskapitalismus-Modells war die Verfügbarkeit von Krediten für die Bevölkerung. Denn erst so war es dem rational han-

30 Vgl. *Green*, Thatcher, S. 83–101; *Francis*, »A Crusade to Enfranchise the Many«; *Jackson*, Property-Owning Democracy.

31 Conservative Political Centre (Hrsg.), *Everyman a Capitalist. Some Proposals for the Small Saver in Industry*, London 1959.

32 Vgl. zu den langen Traditionslinien der Thatcher-Politik: *E.H.H. Green*, *Ideologies of Conservatism. Conservative Political Ideas in the Twentieth Century*, Oxford/New York etc. 2002. Vgl. zum »Konsens-Mythos«: *Harriet Jones/Michael Kandiah* (Hrsg.), *The Myth of Consensus. New Views on British History, 1945–64*, Basingstoke/New York 1996; *Toye*, *From »Consensus« to »Common Ground«*.

33 Vgl. *Ulrich Bröckling*, *Das unternehmerische Selbst – Soziologie einer Subjektivierungsform*, Frankfurt am Main 2007, hier insb.: S. 86ff.

34 Ebd., S. 90. Vgl. zum neoliberalen Verständnis des Verbrauchers der Thatcher-Regierung: *Christopher Payne*, *The Consumer, Credit and Neoliberalism. Governing the Modern Economy*, New York/Abingdon 2012.

35 *Bröckling*, *Das unternehmerische Selbst*, S. 88f.

delnden unternehmerischen Selbst möglich, Finanzentscheidungen und -investitionen zu tätigen.³⁶ Die Kreditaufnahme wurde durch die Liberalisierung des Banken- und Finanzwesens unter Margaret Thatcher erheblich erleichtert.³⁷ Bis in die 1980er-Jahre war dieser Sektor stark staatlich reguliert. So bestanden gesetzliche Bestimmungen, in welchem Ausmaß und für welchen Zweck eine Bank Privatkredite vergeben durfte. Auch der Aufgabenbereich von Banken und Bausparkassen (»building societies«) war zuvor getrennt gewesen.³⁸ Die konservative Regierung hob diese strikte Trennung auf, sodass sich die Finanzinstitute in ihren Dienstleistungen immer stärker anglichen. Zudem erhöhte die Regierung den Kreditrahmen, den Geldinstitute Privatpersonen gewähren durften.³⁹ Durch die Liberalisierung verstärkte sich der Konkurrenz- und Wettbewerbsdruck unter den Finanzinstituten deutlich. Dies führte zu höheren Krediten und zu günstigeren Konditionen. Hinzu kam, dass die Kreditnehmer kaum noch Sicherheiten vorweisen mussten. Die Kreditaufnahme stieg so in den 1980er-Jahren massiv an.

Obwohl die konservative Regierung die Kreditaufnahme von Privatpersonen, die die Teilhabe am Volkskapitalismus ermöglichte, guthieß und diese auch steuerlich förderte, stand sie im Widerspruch zu einer strikt monetaristischen Politik. Deren Ziel war es, die Geldmenge zu steuern und zu begrenzen.⁴⁰ Die Thatcher-Regierung tat dies, indem sie die Höhe des Leitzinses variierte. Dies geschah sehr häufig. Alleine im Jahr 1982 griff sie 36-mal korrigierend ein.⁴¹ Die Zinsen waren insbesondere zu Beginn und zum Ende von Thatchers Amtszeit hoch und belasteten Kreditnehmerinnen und -nehmer.

II. »TELL SID!« – AKTIEN FÜR DEN »ORDINARY MAN ON THE STREET«

Die Privatisierung fast aller staatseigenen Unternehmen in den 1980er-Jahren stellte einen zentralen Aspekt der Politik Margaret Thatchers dar. Sie fand zugleich international breite Aufmerksamkeit. Großbritannien galt in dieser Hinsicht als Vorreiter. Während Thatchers

36 Vgl. *Payne*, *The Consumer, Credit and Neoliberalism*, S. 121ff.

37 Eine neuere umfassende Untersuchung zur Liberalisierung des Finanzwesens während der 1980er-Jahre und ihren Folgen steht noch aus. Vgl. dazu *Stewart*, *Bang!*, S. 380–424. Einführend dazu auch *Botterill*, *Consumer Culture and Personal Finance*. Für einen historischen Überblick zum Finanzkapitalismus vgl. *Ronald Michie*, *Financial Capitalism*, in: *Larry Neal/Jeffrey G. Williamson* (Hrsg.), *The Cambridge History of Capitalism*, Band II: *The Spread of Capitalism: From 1948 to the Present*, Cambridge/New York etc. 2014, S. 230–263. Vgl. zur Entwicklung des Finanzmarktkapitalismus sowohl in historischer Perspektive als auch seit den 1980er-Jahren mit einem Fokus auf Deutschland: *Paul Windolf* (Hrsg.), *Finanzmarktkapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 45, 2005, Sonderheft. Vgl. zur Kritik an der neoliberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik und einem Plädoyer für einen »deutschen Sonderweg der ökonomischen Theorie«: *Hans-Ulrich Wehler*, *Die Deutschen und der Kapitalismus*, in: *ders.*, *Die Deutschen und der Kapitalismus. Essays zur Geschichte*, München 2014, S. 17–33.

38 »Building societies« entsprechen in weiten Teilen den deutschen Bausparkassen. Ihre historischen Wurzeln reichen bis ins 18. Jahrhundert zurück. Sie sind genossenschaftlich organisiert und bis in die 1980er-Jahre standen ihnen ausschließlich die Beiträge ihrer Mitglieder zur Verfügung, aus denen die Kredite finanziert wurden. Die Thatcher-Regierung gewährte ihnen den Zugang zum internationalen Finanzmarkt.

39 Vgl. *Chris Hamnett*, *Winners and Losers. Home Ownership in Modern Britain*, London 1999, S. 178ff.; *Fabian*, *Boom in der Krise*.

40 Vgl. *Tomlinson*, *Thatcher, Monetarism and the Politics of Inflation*.

41 Vgl. für eine Übersicht der Leitzinsen seit 1975: URL: <<http://www.bankofengland.co.uk/boeapps/iadb/repo.asp>> [1.9.2016]. Das Recht der Regierung, die Leitzinsen- und damit die Geldpolitik zu bestimmen, wurde erst während der Regierungszeit Tony Blairs eingeschränkt. Seit 1997 ist das »Monetary Policy Committee« der Bank of England dafür verantwortlich.

Amtszeit wurden insgesamt 40 Staatsunternehmen privatisiert, darunter »British Petroleum« (BP), »British Telecom« (BT), »British Airways« und »British Gas«.⁴² Obwohl die Entstaatlichung ein Signum der Thatcher-Ära und Aushängeschild ihrer neoliberalen Wirtschaftspolitik war, fanden sich im Wahlprogramm von 1979 noch keine weitreichenden Privatisierungspläne. Die Tories listeten lediglich kleinere Unternehmen auf, die privatisiert werden sollten. Sie stellten dabei jedoch bereits die Beteiligung der Arbeitnehmer heraus.⁴³

Die großen Betriebe wie BT, »British Gas« und die Mehrheit an BP wurden erst in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts und unter massiver Beteiligung der Bevölkerung privatisiert. Die konservative Regierung agierte zunächst vorsichtig bei der Entstaatlichung, da diese in weiten Teilen der Bevölkerung unpopulär war. Obwohl Thatcher erst in ihrer zweiten Amtszeit den Aktienbesitz popularisierte, war dies keine Idee, die erst während ihrer Regierungszeit aufkam. Vielmehr hatte sich die Parteispitze der Tories bereits in den 1970er-Jahren darauf geeinigt, die Entstaatlichung voranzutreiben und den Besitz von Aktien in der Bevölkerung auszuweiten.⁴⁴

Es greift zu kurz, die Privatisierung der Staatsbetriebe lediglich unter wirtschaftlichen Aspekten zu sehen. Zwar war die Sanierung der öffentlichen Finanzen durch den Verkauf der Staatsunternehmen, ebenso wie die Effizienz- und Profitsteigerung, ein wichtiges Ziel. Die Privatisierung sollte jedoch auch dazu dienen, die breite Bevölkerung zu Aktienbesitzern und Teilhabern an den Unternehmen zu machen, um so den »popular capitalism« voranzutreiben.

Dies verfolgte die Regierung auf zweierlei Weise. Zum einen sollten die Arbeitnehmer des jeweiligen Unternehmens an der Privatisierung beteiligt werden und so von ihr profitieren. Dies war etwa bei dem eingangs zitierten Transportunternehmen »National Freight Corporation« (NFC) der Fall. Die Privatisierung der NFC erfolgte durch den Verkauf an die Belegschaft im Jahr 1982. Diese wurde so zum Eigentümer des Unternehmens. Obwohl die Regierung dem Buy-out aus einer Notlage heraus zustimmte, da sich kaum Investoren für das in Schieflage geratene Unternehmen interessierten, führten die Tories diese Art der Privatisierung in den folgenden Jahren als sehr erfolgreiches Beispiel an. Die Gewerkschaften rieten ihren Mitgliedern, sich nicht an der Privatisierung von NFC zu beteiligen, woran sich mehr als die Hälfte der Angestellten hielt. Diejenigen, die Anteile am Unternehmen erwarben, verzeichneten in den Folgejahren jedoch hohe Gewinne, da sich NFC sehr erfolgreich konsolidierte.⁴⁵ Auch bei den Privatisierungen anderer großer Unternehmen wie BT und »British Gas« kamen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Genuss großzügiger vergünstigter Aktienpakete.

Die Regierung plante und organisierte darüber hinaus die Privatisierung großer Staatsunternehmen so, dass möglichst viele Kleinanleger Aktien erwarben. Die weitreichendste Kampagne in dieser Hinsicht stellte die Privatisierung von »British Gas« im Jahr 1986 dar. Bereits im Jahr 1984 war BT sehr erfolgreich privatisiert worden. Obwohl die Regierung nur die Hälfte der Anteile zur Privatisierung freigab, stellte dies den bis dato größten Börsengang der Geschichte dar. Mehr als zwei Millionen Privatanleger – dies entsprach 5% der erwachsenen britischen Bevölkerung – erwarben Aktien von BT. Innerhalb des

42 Vgl. zur Privatisierung *David Parker*, *The Official History of Privatisation*, Bd. 1: *The Formative Years 1970–1987*, New York/Abingdon 2009, und Bd. 2: *Popular Capitalism, 1987–1997*, New York/Abingdon 2012; *Frei/Süß*, *Privatisierung*, darin insb. *Dominik Geppert*, »Englische Krankheit«? Margaret Thatchers Therapie für Großbritannien, S. 51–68.

43 *Conservative General Election Manifesto 1979*, 11.4.1979, URL: <<http://www.margaretthatcher.org/document/110858>> [1.9.2016].

44 Vgl. *Green*, *Thatcher*, S. 84–97.

45 *Parker*, *The Official History of Privatisation*, Bd. 1., S. 140–147.

ersten Börsentags verdoppelte sich der Wert der Aktie.⁴⁶ Der Erfolg der Privatisierung von BT ist eine Erklärung für die noch größere Nachfrage von Kleinanlegern bei der Privatisierung von »British Gas«.

Anders als bei BT entschied sich die Regierung, das Unternehmen vollständig zu privatisieren. Dies war ein noch größeres Unterfangen als der Börsengang BTs zwei Jahre zuvor. Um den Volkskapitalismus voranzutreiben, sollten in noch höherem Maße Klein- und Erstanleger zum Kauf von Aktien ermutigt werden. Die Regierung finanzierte zu diesem Zweck eine massive Werbekampagne, die als eine der einflussreichsten in der jüngeren britischen Geschichte gilt.

Die »British Gas Corporation« hatte wie BT eine Monopolstellung inne. Das Unternehmen war der einzige Gaslieferant in Großbritannien und versorgte vier Fünftel aller Haushalte. Gas war in den 1980er-Jahren der mit Abstand wichtigste Energieträger im Vereinigten Königreich.⁴⁷ »British Gas« wurde als ganzes Unternehmen privatisiert. Es behielt somit auch danach seine Monopolstellung, wodurch die Privatisierung keinen größeren Wettbewerb innerhalb des Gassektors brachte.⁴⁸ Allerdings war dies auch nicht der Hauptfokus der Privatisierung. Auch ein größtmöglicher finanzieller Gewinn war nicht das Hauptaugenmerk. Vielmehr stellte die Regierung diesen bewusst hinter das Ziel, den Aktienbesitz innerhalb der Bevölkerung auszuweiten.

Dies wird anhand der Vorzüge deutlich, die Kleinanleger und Mitarbeiter von »British Gas« gegenüber Großanlegern wie Banken erhielten. Zunächst wurden zwei Fünftel der Aktien für private Kleinanleger reserviert. Die Regierung behielt sich jedoch das Recht vor, diesen Anteil auszuweiten, wenn die Nachfrage der Privatanleger größer als das reservierte Kontingent sein sollte. Dieser Fall trat ein, sodass letztlich drei Viertel der Aktien an Kleinanleger ausgegeben wurden. Die Großanleger mussten sich mit der Hälfte der ihnen ursprünglich versprochenen Aktien zufriedengeben. Hinzu kam, dass die Regierung den Aktienpreis mit 1,35 Pfund bewusst so niedrig hielt, dass die Anleger in jedem Fall Gewinne erzielen würden.⁴⁹ Zusätzlich zu dem niedrigen Preis setzte die Thatcher-Regierung auch die Mindestinvestitionssumme mit 100 Pfund niedrig an. Zudem konnten die Anleger ihre Aktien in drei Raten finanzieren. Sie mussten beim Kauf lediglich 50 Pence pro Aktie bezahlen. Dies sollte in erster Linie Anleger ansprechen, die keine größere Summe auf einmal aufbringen konnten. Um den Anreiz weiter zu erhöhen, bekamen Anleger für jede zehnte Aktie eine gratis hinzu. Alternativ konnten sie sich auch für eine reduzierte Gasrechnung als Bonus entscheiden. Bereits vor dem Börsengang verkündete Energieminister Peter Walker, dass Anleger mit einem Gewinn von 20 bis 30% rechnen konnten.⁵⁰

Auch den Mitarbeitern von »British Gas« wurde eine Vielzahl von Vergünstigungen beim Aktienkauf angeboten. Zunächst erhielt jeder Mitarbeiter Papiere im Wert von 70 Pfund kostenlos. Für bis zu 111 weitere Aktien bekamen sie zwei Aktien zum Preis von einer. Hinzu kam ein Rabatt von 10% auf eine Investitionssumme von bis zu 2.000 Pfund. Auch ehemalige Mitarbeiter, die bereits in Rente waren, bekamen Aktien im Wert von 76 Pfund geschenkt.⁵¹ Neben der Ausweitung des Aktienbesitzes diente das Programm auch dazu, den Widerstand der Mitarbeiter und Gewerkschaften gegen die Privatisierung zu schmälern. Nahezu alle Mitarbeiter beteiligten sich an der Privatisierung, obwohl die Gewerkschaft und die Labour-Partei sich dagegen ausgesprochen hatten.

46 Vgl. zur Privatisierung von BT ausführlich: ebd., S. 290–329.

47 Ebd., S. 331f.

48 Vgl. zur kontrovers geführten Diskussion innerhalb der Regierung zum Beibehalten der Monopolstellung: ebd., S. 338ff.

49 Vgl. dazu ausführlich: ebd., S. 396f.

50 Department of Energy News Release, 21.11.1986, The National Archives (TNA), INF 12/1513.

51 Parker, *The Official History of Privatisation*, Bd. 1, S. 376ff.

Die Anreize, die die Regierung zum Erwerb von Aktien schuf, waren zwar beträchtlich, doch sie allein reichten noch nicht aus, um möglichst viele Klein- und vor allem Erstanleger zum Kauf zu bewegen. Zusätzlich bedurfte es einer Werbekampagne, die zum einen über die lukrativen Anreize informierte und die zum anderen Hemmungen vor dem Kauf von Aktien abbaute. Das Hauptziel der Werbekampagne im Vorfeld der Privatisierung von »British Gas« lautete: »to communicate the broad offer features, and by demonstrating the simplicity of participation, counter the stereotypes of share ownership as being complex, alien and for others.«⁵² Insbesondere Personen, die bisher noch keine Aktien besaßen, sollten vom Kauf überzeugt werden: »Non shareholders we know will be more difficult to attract and convert. [...] The two million new shareholders we want to attract need a stronger injunction to act this time.«⁵³ Diese Aufgabe übernahm die renommierte Werbeagentur »Young & Rubicam«. Parallel dazu führten die PR-Beratung Dewe Rogerson und das Meinungsforschungsinstitut »MORI« im Auftrag der Regierung wöchentliche Umfragen durch, um den Fortschritt der Kampagne zu dokumentieren und um über die Einstellung in der Bevölkerung zur Privatisierung von »British Gas« im Bilde zu sein.

Der Hauptfokus der Kampagne lag auf einer Reihe von TV-Werbespots, die durch Plakate, Anzeigen in Zeitschriften und Radiowerbung ergänzt wurden. Insbesondere in Boulevard-Medien wie der »Sun« und der »Daily Mail«, aber auch im Labour-nahen »Daily Mirror« wurden Anzeigen geschaltet. Die Fernsehspots liefen unter anderem während der beliebten Seifenopern »Coronation Street« und »Emmerdale«.⁵⁴ Mit der Auswahl der Werbepplätze sollte ein möglichst breites Publikum erreicht werden, für das – anders als für die Leserinnen und Leser der »Times« oder der »Financial Times« – Informationen über den Besitz von Aktien bisher nicht zum Alltag gehört hatten.

Die Fernsehspots waren episodisch aufgebaut und liefen in den acht Wochen vor dem Ende der Frist, in der sich Interessenten für den Kauf von Aktien bewerben konnten. Jede Woche lief ein anderer Spot, der inhaltlich auf dem vorherigen aufbaute. In jedem Spot informierten sich Personen, die die Normalbevölkerung verkörpern sollten, gegenseitig darüber, dass sie demnächst Aktien von »British Gas« erwerben konnten und dass das Prozedere ganz einfach sei. Jeder Spot enthielt zudem in Form eines Voice-over-Kommentars zusätzliche Informationen zum weiteren Vorgehen.⁵⁵

Die Szenen spielten zumeist in ländlichen Gebieten. Zu sehen waren Postboten, Busfahrer, Rentner, Krankenschwestern und Fischer, die über das Angebot informiert wurden. Der eigentliche Adressat jedoch war »Sid«, der die Botschaft, die von Person zu Person weitergegeben wurde, erhalten sollte. Jeder Spot endete mit der Aussage: »If you see Sid, tell him!« Je näher das Ende der Bewerbungsfrist rückte, desto eindringlicher wurden die Spots und desto dringlicher die Suche nach »Sid«. Obwohl zunächst geplant war, »Sids« Identität am Ende zu enthüllen, entschieden sich die Werbefachleute gemeinsam mit Vertretern aus der Regierung dafür, ihn nicht zu zeigen. Eine Enthüllung wäre immer enttäuschend gewesen, nachdem die Spannung über Wochen aufgebaut worden war.⁵⁶

Die Botschaft, die mit den Spots übermittelt werden sollte, kam auch so an. Vorfürhungen vor Testpublikum zeigten, dass die Mehrheit der Zuschauer der Werbung entnahm, dass der Aktienerwerb einfach sei und dass mit »Sid« »every man on the street« gemeint war.⁵⁷

52 Flotation Communication Strategy, 24.6.1986, TNA, INF 12/1510.

53 Implications on Advertising, 27.6.1986, TNA, INF 12/1510.

54 National Newspaper and Colour Supplements, 14.8.1986, TNA, INF 12/1510; Transmission Timings, ebd.

55 Vgl. für den ersten Werbespot der Reihe: URL: <<https://youtu.be/nedVpG-GjkE>> [1.9.2016].

56 Young & Rubicam an Michael Reidy, 20.11.1986, TNA, INF12/1512. Für die detaillierte Planung der Kampagne und die Drehbücher der Spots vgl. TNA, INF 12/1510–INF 12/1513.

57 Key Point Summary. British Gas. Stage X, October 1986, TNA, INF 12/1512.

Die Kampagne erreichte innerhalb kurzer Zeit einen hohen Bekanntheitsgrad. Bereits nach der ersten Woche konnten sich zwei Fünftel an »Sid« erinnern. Im Verlauf der Kampagne wussten laut einer Umfrage 90% der Bevölkerung, dass sie Aktien von »British Gas« erwerben konnten. Auch die Bereitschaft dazu stieg. Vor Beginn der Werbekampagne hatten lediglich 3% der erwachsenen Bevölkerung betont, sie würden auf jeden Fall Aktien kaufen. Zwei Wochen vor dem Ende der Bewerbungsfrist waren es bereits 11%.⁵⁸

Bis zum Ende der Frist am 3. Dezember 1986 waren viereinhalb Millionen Bewerbungen aus der Bevölkerung für Aktien eingegangen. Dies waren mehr als doppelt so viele wie bei der Privatisierung von BT. Etwa die Hälfte der Bewerber waren Erstanleger, die bis zu dem Zeitpunkt noch keine Aktien besessen hatten. Für die Thatcher-Regierung war dies ein großer Erfolg auf dem Weg zum Volkskapitalismus. Da die Aktien dreifach überzeichnet waren, erhielten nicht alle Bewerber so viele Aktien, wie sie eigentlich wollten. Beim Verteilungsschlüssel zeigte sich ein weiteres Mal, dass besonders Kleinanleger bevorzugt wurden. Alle Anleger, die sich für bis zu 400 Aktien im Gesamtwert von 540 Pfund beworben hatten, bekamen diese auch zugesprochen. Jeder Anleger, der sich für mehr Aktien beworben hatte, bekam weniger, als er ursprünglich gewollt hatte. Das traf demnach vor allem Anleger, die eine große Summe hatten investieren wollen.⁵⁹ Insgesamt erwarben 10% der erwachsenen britischen Bevölkerung Aktien von »British Gas«. Bis zur Privatisierung von BT hatten nur 7% Aktien besessen. Innerhalb von nur drei Jahren verdreifachte sich dieser Anteil auf 25%.⁶⁰

III. DAS »RIGHT TO BUY« UND DIE FÖRDERUNG VON WOHNEIGENTUM

In ihrem Wahlprogramm von 1979 versprachen die Tories, in der ersten Sitzungsperiode des Parlaments ein Gesetz zu erlassen, das Bewohnern von staatlichen Wohnungen das Recht geben würde, diese den zuständigen Kommunen abzukaufen.⁶¹ Die Besonderheiten des britischen Wohnungsmarkts, wie sie zu Beginn der 1980er-Jahre bestanden, hatten sich maßgeblich im 20. Jahrhundert entwickelt. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte der private Mietsektor noch 90% ausgemacht, während nur ein Zehntel der Haushalte Wohneigentum besaß. Zu Beginn der 1980er-Jahre hatte sich das Bild dramatisch verschoben. Der private Mietsektor machte nur noch ein Zehntel aus, während fast drei Fünftel der Haushalte über ein eigenes Haus verfügten. Ein knappes Drittel der Haushalte lebte in Wohnungen, die dem Staat beziehungsweise den Kommunen gehörten.⁶² Für diese Veränderung war eine Reihe von unterschiedlichen Faktoren verantwortlich.⁶³

58 9th Adhoc Tracking Survey, November 1986, TNA, INF 12/1512.

59 Parker, *The Official History of Privatisation*, Bd. 1, S. 393f.

60 Central Statistical Office (Hrsg.), *General Household Survey 1987*, London 1989, S. 84f.

61 Conservative General Election Manifesto 1979.

62 Vgl. die Zahlen bei Peter Saunders, *A Nation of Home Owners*, London 1990, S. 14. Die große Mehrzahl der Briten lebt in Einfamilienhäusern. Wohnungen spielen, selbst in Städten, nur eine geringe Rolle. So lebten Ende der 1980er-Jahre lediglich 15% der Bevölkerung in einer Wohnung. Vgl. Social and Community Planning Research (Hrsg.), *British Social Attitudes. Cumulative Sourcebook*, Aldershot 1992, R 16. Deshalb spreche ich im Folgenden zumeist von Häusern.

63 Zur Entwicklung des Wohnens und des Wohneigentums vgl. Martin J. Daunton, *A Property-Owning Democracy? Housing in Britain*, London 1987. Daunton erklärt in seinem Vorwort, dass die Entwicklung der 1980er-Jahre ihn dazu bewogen habe, den historischen Wurzeln des Hausbesitzes im Vereinigten Königreich nachzugehen. So betont er, die besonders hohe Stellung, die Hausbesitz in Großbritannien einnehme, sei kein »natürliches Verlangen«, sondern könne aus historischer Perspektive erklärt werden, ebd., S. x.

Der Rückgang des privaten Mietsektors erklärt sich zum einen aus staatlich regulierten Mietpreisen, die seit dem Ersten Weltkrieg in Kraft gewesen waren und die es für private Vermieter weniger rentabel gemacht hatten, ihr Eigentum zu vermieten. Deshalb hatte im Laufe des 20. Jahrhunderts ein großer Teil von ihnen seine Immobilien an die Mieter verkauft. Weitere wichtige Faktoren, die zum Anstieg des Wohneigentums beitrugen, waren die relativ leichte Verfügbarkeit von Krediten zur Hausfinanzierung durch die »building societies« und generell steigende Löhne, die es einer immer breiteren Bevölkerungsschicht erlaubt hatten, ein Haus zu bauen oder zu kaufen.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatten sowohl die Labour- als auch Tory-Regierungen den staatlichen Wohnungsbau forciert. Von diesem sollten nicht nur sozial schwache Haushalte profitieren, sondern auch alle, die sich kein eigenes Haus leisten konnten oder wollten.⁶⁴ So hatte sich der Staat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum mit Abstand größten Vermieter in Großbritannien entwickelt und nach und nach fast vollständig den privaten Mietsektor ersetzt. Beim Regierungsantritt Margaret Thatchers gab es deshalb in erster Linie zwei Wohnmöglichkeiten: Entweder man besaß seine eigene Immobilie oder man wohnte zur Miete in einer Immobilie, die der Kommune gehörte.

Erklärtes Ziel der Thatcher-Regierung war die Förderung von Wohneigentum und die Wiederbelebung des privaten Mietsektors. Neben dem Verkauf von staatlichen Wohnungen an die Mieter sollte auch der Kauf eines Hauses auf dem freien Markt durch Steuervergünstigungen und eine erleichterte Kreditaufnahme gefördert werden.⁶⁵ Das Herzstück der Reform stellte das »right to buy« dar. Es gab Mietern von Kommunalwohnungen das Recht, diese zu einem erheblichen Preisnachlass zu kaufen. Bereits wenige Tage nach dem Wahlsieg der Konservativen am 3. Mai 1979 nahm der zuständige Umweltminister, Michael Heseltine, die Umsetzung des Wahlversprechens in Angriff.⁶⁶

Die Kommunen besaßen zwar bereits seit 1936 das Recht, ihre Wohnungen (Council-Häuser) an die Mieter zu verkaufen. Bis in die 1970er-Jahre war dies jedoch kaum geschehen. Während der Regierungszeit von Premierminister Edward Heath in den frühen 1970er-Jahren hatte die konservative Regierung den Verkauf von Council-Häusern forciert. Insbesondere von Labour geführte Kommunen hatten jedoch kein Interesse daran, die Anzahl ihrer Wohnungen zu reduzieren. Da die Mieter nach der bestehenden Regelung keine Möglichkeit hatten, die Kommunen zum Verkauf zu bewegen, war die Veräußerung von Council-Häusern auch in den 1970er-Jahren schleppend verlaufen. Dies änderte sich jedoch mit dem »housing act« von 1980. Er legte explizit das »right to buy« fest. Mieter von kommunalen Wohnungen hatten nun das Recht, ihre Wohnungen auch gegen den Willen der Kommune mit einem Preisnachlass zu kaufen.⁶⁷

Der Rabatt bemaß sich daran, wie lange die Mieter in einem kommunalen Wohnungsbau gewohnt hatten. Hatten sie mindestens drei Jahre dort gelebt, so erhielten sie einen Preisnachlass von einem Drittel des Marktwerts. Er stieg pro Jahr, in welchem der Mieter in einer Council-Wohnung gewohnt hatte, um 1%. Den maximalen Rabatt erreichten Mieter, die 20 Jahre lang (oder mehr) Bewohner einer kommunalen Wohnung gewesen waren. Er belief sich auf 50% des Marktwerts. Die Mieter mussten nicht die gesamte Zeit in demselben Haus gewohnt haben, sondern konnten sich die Zeiten, die sie in anderen Kommunalwohnungen gelebt hatten, anrechnen lassen. Kaufen konnten sie jedoch nur die Immobilie, die sie zum Zeitpunkt bewohnten, an dem sie von ihrem »right to buy« Gebrauch machten.

64 Saunders, *A Nation of Home Owners*, S. 27; Jones, »This is Magnificent!«.

65 Conservative General Election Manifesto 1979.

66 Michael Heseltine an Margaret Thatcher, 11.5.1979, TNA, Prem 19/1270.

67 Housing Act 1980, 8.8.1980, URL: <<http://www.legislation.gov.uk/ukpga/1980/51>> [1.9.2016].

Das »right to buy« erwies sich als ungemein populär. Nur 10% der Bevölkerung waren gegen seine Einführung.⁶⁸ Innerhalb des ersten halben Jahres hatte sich bereits mehr als eine Viertelmillion Bewohner von kommunalen Wohnungen für den Kauf ihres Hauses entschieden. Insgesamt gingen in den 1980er-Jahren 1,2 Millionen Council-Häuser in privaten Besitz über. Da die Kommunen die Gewinne aus den Verkäufen nicht in den Bau neuer Wohnungen investieren durften und daher kaum neue Council-Häuser gebaut wurden, verringerte sich die Anzahl der kommunalen Wohnungen in Großbritannien innerhalb von wenigen Jahren um ein Fünftel.⁶⁹

Um Spekulationen und schnellen Gewinnen beim Kauf von Council-Häusern vorzubeugen, durften die Käufer erst nach fünf Jahren den vollen Gewinn beim Verkauf des Hauses behalten. Verkaufte sie die ehemalige Kommunalwohnung in den ersten fünf Jahren, so mussten sie, je nachdem in welchem Jahr sie sie veräußerten, zwischen 100 und 20% des Rabatts, der ihnen beim Kauf gewährt worden war, an die Kommune zurückzahlen.

Zum »right to buy« gehörte auch das Recht auf Kredit. Die Kommune war verpflichtet, den Kaufinteressenten einen Kredit zur Finanzierung des Hauskaufs einzuräumen. Die Kaufinteressenten konnten zudem das Wohnobjekt zwei Jahre reservieren, falls die aktuelle finanzielle Situation einen sofortigen Kauf oder eine Kreditfinanzierung nicht erlaubte. Dabei blieb der Preis, den die Mieter zu zahlen hatten, für zwei Jahre gleich – unabhängig davon, ob der tatsächliche Marktwert in diesen Jahren stieg.⁷⁰

Die relativ komplizierten Finanzierungsmöglichkeiten und Auflagen beim schnellen Wiederverkauf des Hauses weisen auf ein Spannungsverhältnis hin, das in der Regierung bestand. Sie war gespalten zwischen dem Willen, den Hausbesitz auf möglichst breite Bevölkerungsschichten auszudehnen, und dem Wunsch, die Council-Häuser gewinnbringend zu veräußern. Insbesondere das Recht auf Kredit war in der Regierung umstritten. Während Umweltminister Heseltine eine Vollfinanzierung durch die Kommunen favorisierte, sprach sich Finanzminister John Biffen dafür aus, dass die Kommunen nur im Notfall als Kreditgeber fungieren sollten, wenn »building societies« einen Kredit abgelehnt hatten. Als Begründung führte er an, dass sich die Realisierung der staatlichen Gewinne aus dem Verkauf der Wohnungen verzögerte, wenn die Kommunen in hohem Umfang als Kreditgeber agierten.⁷¹

Die Regierung wollte zudem verhindern, dass die ehemaligen Council-Häuser zu reinen Spekulationsobjekten wurden. Dies spiegelte sich auch in den öffentlichen Äußerungen Margaret Thatchers wider. Sie propagierte zwar die Ausweitung des Hausbesitzes, allerdings fungierte Wohneigentum in ihren Äußerungen nicht als Investitionsobjekt, dessen Verkauf hohe Gewinne versprach. Vielmehr bedeutete für sie der Besitz eines Hauses Unabhängigkeit vom Staat. Wohneigentum sollte die Besitzer ferner zu verantwortungsvollen Bürgern machen.⁷² Dies stellte für die Mehrheit jedoch nur einen nachrangigen Grund dar, ein Haus zu besitzen.

Viele waren – entgegen Thatchers Intention – durchaus daran interessiert, ihr Haus möglichst gewinnbringend zu verkaufen. Für sie war das Haus nicht nur Eigentum, das es zu akkumulieren galt, sondern es stellte mitunter eine Investition mit der Aussicht auf große

68 Social and Community Planning Research, *British Social Attitudes*, R 20.

69 Stewart, *Bang!*, S. 418f.

70 Vgl. dazu die von der Regierung herausgegebene ausführliche Broschüre, die die Einzelheiten des »right to buy« erklärt: *The Right to Buy. A Guide to Council, New Town and Housing Association Tenants*, TNA, Prem 19/1270.

71 Vgl. dazu die Diskussion im Dezember 1979 in: TNA, Prem 19/256.

72 Vgl. dazu etwa: *Debate on the Address*, 15.5.1979, *House of Commons Debates (HC Deb)*, vol 967, cc52–198, hier: c79f.

Gewinnchancen dar. Dazu trugen die hohen nominalen Steigerungen der Hauspreise entscheidend bei. So stieg der Durchschnittspreis eines Hauses zwischen 1970 und 1989 um das Zwölfwache von 5.000 Pfund auf mehr als 60.000 Pfund. Das Bild wird jedoch durch die zeitweise sehr hohe Inflationsrate stark verzerrt. Die realen Hauspreise stiegen im selben Zeitraum nur um das Zweieinhalbfache. Hinzu kommt, dass die Löhne im ungefähr gleichen Verhältnis zu den Hauspreisen stiegen. Dies bedeutet, dass der finanzielle Aufwand, ein Haus zu erwerben, in den späten 1960er-Jahren in etwa genauso hoch war wie Mitte der 1980er-Jahre.⁷³

Die jährlichen realen Veränderungen der Hauspreise offenbaren zudem erhebliche Schwankungen. So waren die mittleren 1970er-, die frühen 1980er- und die frühen 1990er-Jahre durch fallende Preise gekennzeichnet.⁷⁴ In der Wahrnehmung der Bevölkerung war dies jedoch kaum präsent.⁷⁵ Insbesondere der jährlich starke Anstieg der Hauspreise Mitte der 1980er-Jahre trug zu der Überzeugung bei, dass der Kauf eines Hauses ein gutes und sicheres Investment sei. Ein Fünftel der Hausbesitzer betonte in einer Umfrage Ende der 1980er-Jahre, dass das Investitionspotenzial für sie den Hauptgrund für den Hauskauf darstellte. Demgegenüber betonte nur ein Zehntel, dass die Unabhängigkeit und der Stolz, Hausbesitzer zu sein, eine wichtige Rolle spielten.⁷⁶ Mehr als die Hälfte der Bevölkerung hielt zudem den Kauf und Besitz eines Hauses nicht für ein risikoreiches Investment.⁷⁷ So beschrieb ein Teilnehmer des »Mass Observation Projects« rückblickend die zentrale Rolle, die dem Hausbesitz in den 1980er-Jahren zukam: »Our houses made those of us who owned one a lot of money and for many house prices were a constant source of conversation among house owners.«⁷⁸

Viele der Hausbesitzer kannten demnach den Marktwert ihres Hauses. Darüber hinaus wussten sie auch, wie viel die Häuser ihrer Nachbarn ungefähr Wert waren und konnten so den Wert ihres eigenen Hauses in Beziehung dazu setzen. Renovierungen und Erweiterungen des Hauses dienten nicht nur der Instandhaltung oder Verschönerung, sondern wurden gezielt zur Wertsteigerung genutzt.⁷⁹ Exemplarisch hierfür steht die Aussage einer Hauseigentümerin gegenüber dem MOP: »Next-door neighbour who bought at £34,000 in April now has house up for sale again at £40,000. This house would have cost about £10–12,000 some 10 years ago. Our house cost about 10,000; would now fetch about £38,750.«⁸⁰ Personen, die eine kommunale Wohnung kauften, renovierten oder bauten sie häufig unmittelbar danach aus. Auch dies geschah mitunter, um den Wert ihres so günstig erworbenen Hauses zu steigern.⁸¹ Für den Kauf eines Hauses benötigten die Käufer zudem Finanzwissen, um die für sie günstigste Finanzierung in Anspruch zu nehmen. Die Thatcher-Regierung befürwortete und förderte eine erleichterte Kreditaufnahme als Mittel, den Hausbesitz auszuweiten.⁸² Durch die Liberalisierung des Kreditwesens und die

73 Chris Hamnett/Michael Harmer/Peter Williams, *Safe as Houses. Housing Inheritance in Britain*, London 1991, S. 13ff.

74 Ebd.

75 Vgl. dazu auch Hartmut Berghoff, Rationalität und Irrationalität auf Finanzmärkten, in: *Gunilla Budde* (Hrsg.), *Kapitalismus. Historische Annäherungen*, Göttingen 2011, S. 73–96. Berghoff zeigt, dass selbst Finanzexperten in den USA von real stetig steigenden Hauspreisen ausgingen, obwohl sie historisch deutlichen Schwankungen unterlagen.

76 Ray Forrest/Alan Murie/Peter Williams, *Home Ownership. Differentiation and Fragmentation*, London 1990, S. 47.

77 Social and Community Planning Research, *British Social Attitudes*, R 22.

78 MOA, *Retrospective on the 1980s*, Frühling 1990, SxMOA2/1/31/2 M1460.

79 Vgl. MOA, Frühling 1982, SxMOA2/1/4/1/3 R149; O407, S483; S511.

80 MOA, Frühling 1982, SxMOA2/1/4/1/3 R469.

81 MOA, Frühling 1982, SxMOA2/1/4/1/3 S505.

82 *How to Sell More Council Houses*, TNA, Prem 19/270.

gezielte Förderung von Wohneigentum hatten potenzielle Käufer somit die Möglichkeit, aber auch die Aufgabe, eine Vielzahl von Optionen abzuwägen und sich umfassend zu informieren.⁸³

Des Weiteren stellten Steuervergünstigungen einen wichtigen Anreiz zum Hauskauf und -verkauf dar. Zum einen musste der Gewinn, den eine Person aus dem Verkauf ihres Hauptwohnsitzes erzielte, nicht versteuert werden. Zum anderen konnten die Zinsen eines Kredits für den Kauf eines Hauses bis zu einer Höhe von 30.000 Pfund steuerlich abgesetzt werden. Diese Subvention belief sich im Jahr 1980 auf 1,5 Milliarden Pfund, 1988 waren es bereits 4,5 Milliarden.⁸⁴ Die Regierung erhöhte zudem die Rabatte beim Kauf von Kommunalwohnungen. Seit 1986 bekamen Bewohner, die mindestens zwei Jahre in einem Council-Haus gewohnt hatten, einen Discount von 44%. Der maximale Preisnachlass stieg auf 70% an.⁸⁵ Die günstigen Finanzierungsmöglichkeiten für den Hauskauf zeigen ein weiteres Mal, dass es der Thatcher-Regierung nicht in erster Linie um die finanziellen Gewinne ging, die der Verkauf von Kommunalwohnungen dem Staat einbrachte. Sie verdeutlichen vielmehr den Gesellschaftswandel, den die Regierung damit erreichen wollte. Den Gewinnen von 18 Milliarden Pfund aus dem Verkauf von Sozialwohnungen standen Einbußen im Steueraufkommen von mehr als 30 Milliarden Pfund gegenüber, die aus dem Absetzen der Kreditzinsen von der Einkommenssteuer resultierten.⁸⁶ Es war vor allem Thatcher, die an den enormen Steuervergünstigungen festhalten wollte, während sich ein Großteil der Regierungsmitglieder dafür aussprach, die hohen steuerlichen Abschreibungen graduell auslaufen zu lassen.⁸⁷

Die Anstrengungen der Regierung – vor allem der Premierministerin –, den Hausbesitz auszuweiten, waren sehr erfolgreich. Bei Thatchers Regierungsantritt verfügten 55% der Haushalte über Wohneigentum. Zu Beginn der 1990er-Jahre waren es 65%, was mehr als zwei Millionen neuen Hausbesitzern entsprach. Der Boom der Hauspreise kam jedoch Ende der 1980er-Jahre zu einem abrupten vorläufigen Ende. Der Häusermarkt hatte sich in diesen Jahren stark überhitzt. So stiegen die nominalen Preise allein im Jahr 1988 um ein Drittel.

Das starke Überhitzen des Markts und das darauffolgende Platzen der Blase hingen zu einem großen Teil mit dem Haushaltsentwurf der Regierung für das Jahr 1988 zusammen. Schatzkanzler Nigel Lawson kündigte im März an, er werde die steuerlichen Vergünstigungen bei der Finanzierung von Wohneigentum senken. So sollte nur noch ein Käufer pro Haus die Zinsen für einen Hauskredit absetzen können und nicht mehr, wie bisher, zwei nicht verheiratete berufstätige Personen. Die Verschärfung trat jedoch erst ein halbes Jahr später in Kraft. In der Zwischenzeit stieg die Nachfrage nach Häusern massiv an, da Paare noch vor der Verschärfung in den Genuss der höheren Steuervergünstigungen kommen wollten. Mit Inkrafttreten der neuen Verordnung ging die Nachfrage merklich zurück.

Hinzu kam, dass die Regierung den Leitzins deutlich erhöhte und ein Hauskauf dadurch unattraktiver wurde. Das Wirtschaftswachstum schwächte sich in der Folge ab und die Arbeitslosigkeit stieg. Die Nachfrage nach Häusern brach deshalb weiter ein und die Preise verzeichneten 1990 zum ersten Mal seit 1982 einen realen Rückgang. Dieser hielt bis Mitte

83 Vgl. MOA, Frühling 1982, SxMOA2/1/4/1/3 S505. Vgl. zum Umgang der britischen Bevölkerung mit den neuen Finanzierungsmöglichkeiten *Fabian*, Boom in der Krise. Vgl. auch die Einwendungen zur »Summer Directive 1984 – Banking«, MOA, SxMOA2/1/16.

84 Mortgage Tax Relief, 16.11.1989, HC Deb, vol 160, cc482-3W, URL: <http://hansard.millbanksystems.com/written_answers/1989/nov/16/mortgage-tax-relief> [1.9.2016], sowie *Ray Forrest/Alan Murie/Peter Williams*, Home Ownership, S. 73.

85 *Francis*, »A Crusade to Enfranchise the Many«, S. 295.

86 Mortgage Tax Relief, 16.11.1989; *Stewart*, Bang!, S. 419.

87 Vgl. *Campbell*, Thatcher, Bd. 2, S. 233f.

des Jahrzehnts an. In dieser Zeit sanken die realen Hauspreise um ein Drittel.⁸⁸ Die britische Wirtschaft geriet in den Jahren 1991 und 1992 in eine Rezession, zu der der Fall der Hauspreise maßgeblich beitrug. Die hohen Zinsraten führten nicht nur zu einer sinkenden Nachfrage nach Immobilien, sondern zur Schwächung der Wirtschaft insgesamt.⁸⁹

IV. GESELLSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN DES VOLKSKAPITALISMUS

Ein Teilnehmer des MOP erinnerte sich an Thatchers Wahlsieg am 3. Mai 1979 folgendermaßen: »A few days after the 1979 General Election, I had a serious heart attack. I am tempted to say that the second event was a consequence of the first, but it is not true. These two events changed the next ten years for me and the rest of us.«⁹⁰

Weite Teile der britischen Bevölkerung nahmen gesellschaftliche Veränderungen während der Regierungszeit Margaret Thatchers wahr. Inwiefern trug der Volkskapitalismus zu diesen Entwicklungen bei? Schließlich zielte der »popular capitalism« dezidiert auf die Veränderung der Gesellschaft ab. Innerhalb der Bevölkerung gingen die Meinungen auseinander, ob die Entwicklungen mehrheitlich positiv oder negativ zu bewerten seien.⁹¹ Thatchers Kritiker warfen der Premierministerin vor, sie treibe die Spaltung der Gesellschaft bewusst voran, indem sie Gier und Profitdenken fördere und damit den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft systematisch zerstöre. So urteilte ein MOP-Teilnehmer rückblickend im Jahr 1990: »The 1980s were the years of the locust: when making, not earning, money was a reputable occupation, when greed was a Virtue not a Sin, when homelessness doubled, when the poor were more numerous [...] when our publicly-owned assets were sold off to make more money.«⁹²

Die Kritiker ignorierten dabei jedoch, dass die Ausweitung des Aktien- und noch mehr des Hausbesitzes auf großen Zuspruch in der Bevölkerung stieß. Die britische Gesellschaft war bereits in den 1970er-Jahren nicht mehr eindeutig in Klassenidentitäten zu unterscheiden. Vielmehr herrschten auch unter Arbeitern »privatised«, family-centred consumption strategies« vor.⁹³ Diese erreichten Thatcher teilweise mit der Betonung, dass »ordinary and hard-working people« es verdient hätten, sich mehr leisten zu können und über Eigentum verfügen sollten. Diese Wünsche sprachen die Konservativen in einem

88 *Payne*, *The Consumer, Credit and Neoliberalism*, S. 116ff.; *Stewart*, *Bang!*, S. 424.

89 Vgl. *Hamnett*, *Winners and Losers*, S. 167–181. Vgl. dazu auch *Colin Hay*, *Good Inflation, Bad Inflation. The Housing Boom, Economic Growth and the Disaggregation of Inflationary Preferences in the UK and Ireland*, in: *The British Journal of Politics and International Relations* 11, 2009, S. 461–478. Die hohen Zinsraten waren dadurch bedingt, dass der Schatzkanzler seit Mitte der 1980er-Jahre das britische Pfund informell an die Deutsche Mark gekoppelt hatte. Wenn die Mark stark war, musste auch das Pfund durch hohe Zinsen auf einem hohen Niveau gehalten werden. Auch die Entscheidung der Regierung im Oktober 1990, dem europäischen Wechselkursmechanismus (WKM) beizutreten, bedingte das Festhalten an hohen Zinsen. Vgl. zur WKM-Debatte in Großbritannien *Stewart*, *Bang!*, S. 443f. und 450–455.

90 MOA, *Retrospective on the 1980s*, Frühling 1990, SxMOA2/1/31/2 P1044.

91 Vgl. zu Berichten, die sich positiv äußerten: MOA, *Retrospective on the 1980s*, Frühling 1990, SxMOA2/1/31/2 M1450, M1460, M1725, M2480 und M348. Vgl. zu Berichten, die die Entwicklungen negativ beurteilten: ebd., M381, M2213, M2326, M2164, L2393 und R2247.

92 MOA, *Retrospective on the 1980s*, Frühling 1990, SxMOA2/1/31/2 P1044; vgl. mit ähnlichen Äußerungen: ebd., M381, M2213, L2393, H1806 und S496.

93 *Lawrence/Sutcliffe-Braithwaite*, *Margaret Thatcher and the Decline of Class Politics*, S. 139. Auch Labour wandte sich in den 1980er-Jahren zunehmend von dem Gebrauch des Begriffs »Klasse« ab und benutzte ebenfalls vermehrt Begriffe wie »ordinary working families«. Vgl. dazu *Florence Sutcliffe-Braithwaite*, »Class« in the Development of British Labour Party Ideology, 1983–1997, in: *AfS* 53, 2013, S. 327–361.

Wahlwerbespot von 1979 offensiv an: »We will give people back their ambitions and drive. Make it possible for people to earn more so that they can buy more.«⁹⁴

Rückblickend auf die 1980er-Jahre betonte eine Vielzahl der Teilnehmer des MOP, das letzte Jahrzehnt sei in finanzieller Hinsicht und in Bezug auf ihren Konsumstandard positiv verlaufen. Neben den Stimmen, die Thatchers Politik kritisch betrachteten, gab es ebenso viele, die sich zustimmend äußerten. Exemplarisch für diese Einschätzung steht folgende Aussage: »During the last decade I think the most significant change that has taken place is that the majority of people are better off and are afforded more opportunities to make themselves better off if they choose to take advantage.«⁹⁵ »Ihren Vorteil« nutzten viele der Briten: Sie machten von den Möglichkeiten, die der Volkskapitalismus ihnen bot, umfassend Gebrauch, wie folgendes Beispiel eines älteren Ehepaares zeigt:

»We lived in London at the time and a couple of years later the housing boom of the late eighties enabled us to sell our house at a remarkable price which after investment of the resultant money trebled my pension and has allowed us to convert a plain house into what will be a luxury home [...]. In fact we are better off now than when I was working. Who was the fool who said one must always remain in employment to be happy?«⁹⁶

Diese Äußerung zeigt beispielhaft, wie Personen sich die finanziellen Anreize und die Liberalisierungsreformen der Regierung zunutze machten.

Auch die Ausweitung des Aktienbesitzes auf ein Viertel der Bevölkerung spricht für den Erfolg des »popular capitalism«. Obwohl Thatcher die Vorzüge eines langfristigen Aktienbesitzes in der Bevölkerung herausstellte, war ein Großteil der Anleger an schnellen Gewinnen interessiert. Bereits drei Monate nach dem Börsengang von BT hatte ein Viertel der Anleger seine Aktien gewinnbringend verkauft, viele davon bereits in den ersten Tagen. Sehr ähnlich verhielt es sich auch mit den »British-Gas«-Anlegern. Innerhalb des ersten Jahres hatte ein Drittel von ihnen die Anteile veräußert.⁹⁷ Viele sahen den Besitz von Aktien demnach nicht, wie Thatcher meinte, als langfristige Sparanlage, die in der »untersten Schublade« aufbewahrt würde und in ferner Zukunft von Nutzen sein könnte.⁹⁸

Die Ausweitung des Hausbesitzes scheint in noch höherem Maße als der Aktienbesitz die Erfolgsgeschichte des Volkskapitalismus bestärkt zu haben. Einige Teilnehmer des MOP, die betonten, sie hätten sich zuvor niemals vorstellen können, ein Haus zu besitzen, kauften in den 1980er-Jahren ihr Council-Haus.⁹⁹ Allerdings bedeutete das Profitieren vom Volkskapitalismus nicht zwangsläufig die Unterstützung der Politik Thatchers. Insbesondere das »right to buy« schien für eine Vielzahl abgekoppelt von der restlichen Politik der Tories zu sein. Einige Teilnehmer reflektierten dies. So resümierte ein Kritiker Thatchers: »Economically life has been reasonably encouraging, funnily enough through the actions (high interest rate) of a government with whose policies I disagree.«¹⁰⁰ In anderen Berichten erwähnten die Teilnehmer etwa den Kauf eines Council-Hauses und kritisierten die Politik der Tories im weiteren Verlauf scharf.¹⁰¹ Zeitgenössische Studien kamen außerdem zu dem Schluss, dass das »right to buy« etablierte Wählerpräferenzen kaum veränderte. Aus überzeugten Labour-Wählern wurden demnach zumeist keine Wähler der Tories, auch

94 Conservative Election Broadcast, 19.4.1979, Transkript unter: URL: <<http://www.politicsresources.net/area/uk/pebs/con79.htm>> [1.9.2016].

95 MOA, Retrospective on the 1980s, Frühling 1990, SxMOA2/1/31/2 M2480; vgl. mit ähnlichen Aussagen: ebd., M1460, M1725 und L1290.

96 MOA, Retrospective on the 1980s, Frühling 1990, SxMOA2/1/31/2 M1450.

97 Parker, *The Official History of Privatisation*, Bd. 1, S. 317 und 394.

98 TV Interview for Thames TV *This Week*, 10.12.1987.

99 MOA, Retrospective on the 1980s, Frühling 1990, SxMOA2/1/31/2 H260.

100 Ebd., M381.

101 Ebd., H260, M1725, L1681 und P1906.

wenn diese ihnen den Kauf eines Hauses ermöglicht hatten. Der Anteil der Council-Haus-Besitzer, die bei der Wahl 1987 den Konservativen ihre Stimme gaben, entsprach mit 40% dem Landesdurchschnitt. Die Mehrheit der Personen, die vom »right to buy« profitiert hatten, hatte demnach nicht konservativ gewählt.¹⁰²

Die bisherigen Schilderungen entsprachen dem Bild des »popular capitalism«, das Margaret Thatcher propagierte.¹⁰³ Die Auswirkungen waren allerdings bei Weitem nicht so einseitig positiv, wie sie stets betonte. Die andere Seite des Volkskapitalismus, die auch Resultat der Reformen und Anreize der Regierung war, stellte sich für viele Briten als ebenso einschneidend heraus. Sie ist jedoch nicht Teil der von der Konservativen Partei vertretenen Erfolgsgeschichte. »Popular capitalism« trug in vielfältiger Weise zur Verschärfung der sozialen Ungleichheit bei.

Obwohl sich der Aktienbesitz in der Bevölkerung deutlich ausweitete, waren es doch in erster Linie Männer aus der Mittelschicht, die im Zuge der Privatisierungen Aktien erwarben. Diese verfügten häufig bereits schon über Aktien. Die Hälfte der Befragten in einer Umfrage betonte, sie hätte kein Geld, um es zu investieren, und ein Drittel gab an, kein Interesse an Aktienbesitz zu haben.¹⁰⁴ Während wohlhabende Haushalte und Haushalte der Mittelschicht profitierten, galt dies nicht für den gering verdienenden Teil der Bevölkerung. Ihm fehlte das Geld, um es gewinnbringend zu investieren. Die Mehrheit der neuen Aktienbesitzer hatte relativ geringe Summen von weniger als 1.000 Pfund investiert.¹⁰⁵ Die dadurch erzielten Gewinne trugen nur kurzzeitig zur Verbesserung des Einkommens bei. Am deutlichsten profitierten wohlhabende Anleger mit hohen Summen. Ihre Einkommen aus Investitionen stiegen in den 1980er-Jahren überproportional im Vergleich zu Lohneinkommen.¹⁰⁶

Obwohl sich der Anteil der Aktienbesitzer in den 1980er-Jahren vervierfachte, war nur ein geringer Teil der Bevölkerung ausgesprochener Befürworter einer weitreichenden Privatisierung. Anders als das »right to buy«, das die große Mehrheit guthieß, befürwortete nur ein Drittel während der Hochphase 1986 weitere Privatisierungen. Im Jahr 1989 gab es mehr Personen, die sich für die Umkehr des Trends aussprachen und eine vermehrte Verstaatlichung von Unternehmen guthießen, als Privatisierungsbefürworter.¹⁰⁷ Obwohl ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung die Chancen profitabler Investitionen ergriff, wenn sie sich ihm boten, ging dies nicht unbedingt einher mit der ideellen Unterstützung der Entstaatlichung.

Eine gravierende Konsequenz des »popular capitalism« war die hohe Verschuldung und in vielen Fällen auch Überschuldung britischer Haushalte. Sie verdoppelte sich in den 1980er-Jahren und war 1990 genauso hoch wie das durchschnittlich verfügbare Haushaltseinkommen. Parallel dazu ging die Sparquote stark zurück: von 14% 1981 auf weniger als 4% am Ende des Jahrzehnts.¹⁰⁸ Dies widersprach den Sparsamkeitsappellen der Premier-

102 *Evans*, *Thatcher and Thatcherism*, S. 27; vgl. *Brendan Evans*, *Thatcherism and the British People*, in: *Stuart Ball/Ian Holliday* (Hrsg.), *Mass Conservatism. The Conservatives and the Public since the 1880s*, London 2002, S. 218–241.

103 Vgl. exemplarisch: *Speech to Scottish Conservative Party Conference*, 15.5.1987.

104 *Key Point Summary. British Gas: Stage X*. October 1986.

105 *British Gas Flotation*, 8/9 September 1986 *Tracking Research*, TNA, 12/1510; *Second Enquiry Handling Survey*, 3.10.1986, TNA, 12/1512.

106 *Central Statistical Office* (Hrsg.), *Family Expenditure Survey 1988*, London 1990, S. 66; *Central Statistical Office* (Hrsg.), *Family Expenditure Survey 1978*, London 1979, S. 104.

107 *Social and Community Planning Research*, *British Social Attitudes*, H 10.

108 *Payne*, *The Consumer, Credit and Neoliberalism*, S. 117 und 119; *Botterill*, *Consumer Culture and Personal Finance*, S. 146f.; *Gillian Parker*, *Getting and Spending, Credit and Debt in Britain*, Aldershot/Brookfield 1990.

ministerin und zeigte die Unzulänglichkeiten des Homo-oeconomicus-Modells. Offensichtlich ließ sich das Finanzverhalten der Bürger staatlich nicht so einfach steuern.

Die Verschuldung hatte zwei Hauptursachen. Zum einen war sie eine Folge der Liberalisierung des Banken- und Kreditwesens. Durch die Aufhebung der strikten Trennung zwischen »building societies« und Banken und dem dadurch verstärkten Wettbewerb waren Kredite zunehmend leichter zu bekommen. Lag bis in die 1980er-Jahre die maximale Höhe, in der ein Privatkredit vergeben wurde, bei dem Zweieinhalbfachen des Jahreseinkommens, so bewilligten Banken und Bausparkassen zunehmend Kredite in Höhe des vierfachen Jahreseinkommens. Hinzu kam, dass die Institute kaum noch Sicherheiten für hohe Kredite verlangten. So versiebenfachte sich in den 1980er-Jahren das Volumen von Verbraucherkrediten auf 28 Milliarden Pfund im Jahr 1988.¹⁰⁹ Das Volumen von Krediten zur Finanzierung von Wohneigentum verzehnfachte sich sogar auf 63 Milliarden Pfund. Am Ende des Jahrzehnts verschärfen sich die Kreditbedingungen durch die reduzierten Steuervergünstigungen und durch das Anheben der Zinsrate auf 15%. Dies stellte neue – wesentlich schlechtere – Bedingungen für eine Vielzahl von Hausbesitzern dar, die einen Kredit einige Jahre zuvor zu deutlich niedrigeren Zinskonditionen und größeren Steuervorteilen aufgenommen hatten.

In den späten 1980er- und frühen 1990er-Jahren offenbarte sich die Kehrseite des Volkskapitalismus. Weil viele Haushalte die Kredite für den Kauf ihrer Häuser nicht mehr bedienen konnten, fielen diese an die Gläubiger. 1991 war dies bei 76.000 Objekten der Fall.¹¹⁰ Eine Vielzahl ehemals stolzer Hausbesitzer musste zudem in den frühen 1990er-Jahren wegen der gesunkenen Hauspreise erleben, dass der Wert ihrer Immobilie nun geringer war als der Kredit, den sie abzuzahlen hatten. Es bedeutete, dass diese Haushalte selbst durch den Verkauf ihres Hauses ihre Schulden nicht tilgen konnten. In den 1980er- und frühen 1990er-Jahren stieg die Zahl von Obdachlosen aus diesem Grund stark an.¹¹¹ Nun erwies sich auch der Verzicht auf jegliche Rücklagen als fatal.

Wie sich eine zu hohe Verschuldung auswirken konnte, zeigt das Beispiel der Familie, die als erste vom »right to buy« im Jahr 1980 Gebrauch machte. Margaret Thatcher persönlich übergab der Familie aus dem Osten Londons die Schlüssel zu ihrem Haus. Die fünfköpfige Familie hatte das Haus mit einem Rabatt von 40% erworben und dafür einen Kredit über die gesamte Kaufsumme aufgenommen. In den folgenden Jahren ging jedoch die Ehe, auch aufgrund der hohen Schulden, in die Brüche und die Ehefrau war alleine für die Tilgung des Kredits verantwortlich. Die Schuldenlast wurde so groß, dass sie Mitte der 1990er-Jahre das Haus verkaufen musste und, nachdem sie die Schulden abgezahlt hatte, in ein »mobile home«, eine Art feststehenden Caravan, zog. Rückblickend betonte sie: »If I'd foreseen the end of my marriage I'd never have bought. I got trapped there without enough cash to cover bills [...] I was desperate in a house I couldn't manage and wished I'd never bought.« Gleichzeitig sprach sie sich jedoch generell für das »right to buy« aus.¹¹²

Anders als es die Rhetorik Thatchers Glauben machen wollte, bedeutete die Teilhabe am Volkskapitalismus nicht zwangsläufig einen finanziellen oder sozialen Aufstieg. Im

109 Stewart, Bang!, S. 426; Botterill, Consumer Culture and Personal Finance, S. 144–155. Vgl. zur Rolle von Kreditkarten und Konsumentenkrediten in den 1980er-Jahren auch Fabian, Boom in der Krise.

110 Hamnett, Winners and Losers, S. 36.

111 Stewart, Bang!, S. 420f.; Hamnett, Winners and Losers, S. 33–38.

112 What Happened to Margaret Thatcher's First Right to Buy Council House?, in: The Telegraph, 14.4.2015, URL: <<http://www.telegraph.co.uk/news/politics/margaret-thatcher/9983113/Margaret-Thatcher-History-of-one-of-the-first-Right-To-Buy-council-houses.html>> [1.9.2016]; 30 Years on, the Right to Buy Revolution That Still Divides Britain's Housing Estates, in: The Guardian, 6.12.2009, URL: <<http://www.theguardian.com/society/2009/dec/06/right-to-buy-housing-thatcher>> [1.9.2016].

Gegenteil, der Besitz eines Hauses und eine dadurch ausgelöste Überschuldung konnte sehr schnell zu existenzieller Armut führen, wenn beispielsweise durch den Verlust des Arbeitsplatzes die Kredite nicht mehr bedient werden konnten. Zu Beginn der 2000er-Jahre lebte die Hälfte der als arm geltenden britischen Bevölkerung in einem eigenen Haus. Anders als Bewohner von Kommunalwohnungen bekam sie keine staatliche Unterstützung in Form von Wohngeld. Des Weiteren entsprachen die Council-Wohnungen häufig einem besseren Standard als die Häuser, die Eigentum ärmerer Haushalte waren.¹¹³

Das »right to buy« wirkte sich jedoch mitunter nicht nur auf diejenigen negativ aus, die von ihm Gebrauch machten. Der massenhafte Verkauf von Council-Häusern und die demgegenüber geringe Zahl der Neubauten hatten weitere weitreichende Folgen. Zum einen trug dies mit zur Erhöhung der Obdachlosenzahlen bei, weil es in einigen Kommunen zu wenige Sozialwohnungen gab, um ihnen eine feste Bleibe zu bieten. Eine zweite, bedeutendere Auswirkung war der generell sinkende Standard der kommunalen Wohnungen während der 1980er-Jahre. Nicht alle Wohnungen waren gleich beliebte Kaufobjekte. Während Council-Häuser, die über einen kleinen Garten und eine Garage verfügten, besonders häufig von ihren Bewohnern gekauft wurden, waren Wohnungen in großen Wohnblöcken und Hochhäusern unbeliebte Kaufobjekte. Die Bewohner von Kommunalwohnungen, die es sich leisten konnten, verließen diese »council estates«, zogen in ein freistehendes Council-Haus und kauften es, wenn möglich. In den Hochhaussiedlungen blieben in erster Linie Bewohner, die keine Möglichkeit hatten, in ein hochwertigeres Council-Haus zu ziehen, und eine höhere Miete nicht zahlen konnten. Die soziale Segregation und Ungleichheit unter den Mietern von Sozialwohnungen nahm so im Laufe des Jahrzehnts stark zu, was eine Gettoisierung zur Folge hatte.¹¹⁴

Ein älterer Bewohner eines »council estates«, der aus großen Wohnblöcken bestand, fasste die Entwicklung während der 1980er-Jahre wie folgt zusammen: »In 1979 the Estate I live on was a much sought after area for potential council house tenants, indeed there was a waiting list for tenancies. Ten years on exactly the reverse situation exists. There is now a waiting list of tenants wanting to transfer from the estate.«¹¹⁵ Hinzu kam, dass die Kommunen über weniger finanzielle Mittel verfügten, um die Sozialbausiedlungen zu pflegen.

Demnach trug der Volkskapitalismus durchaus zu einer Veränderung der Gesellschaft bei, allerdings nicht so, wie Thatcher es erhofft und propagierte hatte: als einen Weg, der stets nur aufwärts führe. Während sie betonte, »popular capitalism« verringere soziale Ungleichheit, trug er mittel- und langfristig tatsächlich zur Verschärfung derselben bei. Allerdings verschoben sich die gesellschaftlichen Trennlinien. Sie verliefen nicht mehr entlang traditioneller Klassen. Der Volkskapitalismus trug dazu bei, dass die soziale Ungleichheit vor allem an den Rändern der Gesellschaft wuchs, insbesondere am unteren Rand. Während wohlhabendere Haushalte ihr Vermögen in vielfältiger Weise gewinnbringend investieren konnten, war der Volkskapitalismus mitunter auch für einen tiefen sozialen Fall durch eine massive Verschuldung und Obdachlosigkeit verantwortlich, die gerade in die Abhängigkeit vom Staat führten. Die konservative Regierung sah sich jedoch nicht in der Pflicht, gegen diese negativen Folgen zu intervenieren. Dies widersprach zum einen ihrem Verständnis des für sich selbst verantwortlichen Individuums. Zum anderen sollten im funktionierenden Volkskapitalismus diejenigen den ärmeren Haushalten helfen, die erfolgreich daran partizipierten. Anders als es Thatchers Rhetorik Glauben machen wollte, war das Scheitern im Volkskapitalismus nicht immer selbst verschuldet. Die Gefahr des Scheiterns war vielmehr bereits in der Mehrzahl der politischen Reformen und Anreize angelegt und wurde durch sie teilweise noch vergrößert.

113 Vgl. *Roger Burrows*, *Poverty and Home Ownership in Contemporary Britain*, Bristol 2003.

114 Vgl. dazu auch *Stewart*, *Bang!*, S. 419; *Campbell*, *Thatcher*, Bd. 2, S. 235f.

115 MOA, SxMOA2/1/31/2 M2326.

Margaret Thatcher betonte im Jahr 1990 zwar, dass die Situation für Personen mit Krediten wegen der von der Regierung festgesetzten hohen Zinsen nun schwierig sei: »If you have heavily borrowed, you have real problems.« Aber sie rechtfertigte die hohen Zinsen, ohne wesentliche Erleichterungen für die Kreditnehmer anzukündigen.¹¹⁶ Auch Nigel Lawson, der von 1983 bis 1989 das Amt des Schatzkanzlers innehatte, betonte: »Those liberated from the dungeons of State control are often at first blinded and bewildered by the bright sunlight of freedom.«¹¹⁷ Lawson folgend, kam den Konservativen die Rolle der »Befreier« zu, während die Bevölkerung, nun auf sich allein gestellt, sich erst an die »Freiheit« gewöhnen müsse.

V. SCHLUSSBETRACHTUNG UND AUSBLICK

Thatchers Streben, den Volkskapitalismus in Großbritannien zu etablieren, erlebte eine kurze Hochphase Mitte der 1980er-Jahre. Der Anstieg der Inflation und Arbeitslosigkeit in den folgenden Jahren und die Rezession der frühen 1990er-Jahre ließen ihre euphorischen Äußerungen in dieser Hinsicht jedoch rückblickend in anderem Licht erscheinen. War die Premierministerin kurz vor dem Ziel gescheitert?¹¹⁸ Die Bilanz des Volkskapitalismus ist ambivalent. Unleugbar erreichte sie bei der quantitativen Ausweitung ein großes Etappenziel. Während der 1980er-Jahre stieg die Anzahl der Haushalte, die Wohneigentum besaßen, um mehr als zwei Millionen. Davon war mehr als die Hälfte auf das »right to buy« zurückzuführen. Der Anteil der Bevölkerung, der über Aktienbesitz verfügte, vervierfachte sich parallel auf ein knappes Drittel. Insbesondere das »right to buy« erwies sich als überaus populär in der Bevölkerung. Sowohl bei dem Verkauf von Council-Häusern als auch bei der Privatisierung seit Mitte der 1980er-Jahre standen die gesellschaftspolitischen Ziele sichtbar über den ökonomischen. Ein großer Teil der Bevölkerung profitierte von den materiellen Anreizen, die die konservative Regierung schuf. Auf den ersten Blick erscheint demnach das Konzept des »popular capitalism« durchaus erfolgreich gewesen zu sein.

Thatcher ging es jedoch beim Volkskapitalismus nicht in erster Linie darum, die britischen Haushalte finanziell und materiell besserzustellen. Obwohl sie wiederholt betonte, jeder solle ein Kapitalist werden, meinte sie damit nicht primär Investitionen zur Kapital- und Besitzvermehrung und damit kapitalistisches Handeln. Die Bevölkerung sollte vielmehr Besitz akkumulieren, um damit unabhängig vom Staat zu sein und um ihn weitervererben zu können. Nach diesen Motiven handelten jedoch bei Weitem nicht alle. Eine Vielzahl war durchaus in erster Linie auf kurzfristige finanzielle Gewinne beim Haus- und Aktienkauf aus und handelte ihren Interessen entsprechend.

Besitz und Vermögen in Großbritannien konzentrierten sich zunehmend auf eine kleinere gesellschaftliche Schicht. Der Anteil der reichsten 5% der Bevölkerung am Gesamtvermögen, der im Laufe des 20. Jahrhunderts kontinuierlich gesunken war, konsolidierte sich in den 1980er-Jahren. Er nahm nicht weiter ab – trotz der Beteuerungen der Thatcher-Regierung, Eigentum auf eine breitere gesellschaftliche Basis zu verteilen.¹¹⁹ Eine Viel-

116 Interview for Sunday Times, 15.11.1990, URL: <<http://www.margaretthatcher.org/document/107868>> [1.9.2016].

117 Nigel Lawson, The New Conservatism (Lecture to the Bow Group), 4.8.1980, URL: <<http://www.margaretthatcher.org/document/109505>> [1.9.2016].

118 Vgl. dazu auch *Sina Fabian*, Was von Margaret Thatcher bleibt, in: *Zeitgeschichte-online*, April 2013, URL: <<http://www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/was-von-margaret-thatcher-bleibt>> [1.9.2016].

119 *Anthony B. Atkinson*, Distribution of Income and Wealth, in: *Albert Henry Halsey/Josephine Webb* (Hrsg.), *Twentieth-Century British Social Trends*, New York 2000, S. 348–381, hier: S. 258ff.; *Central Statistical Office* (Hrsg.), *Social Trends 1990*, London 1991, S. 85.

zahl der Haushalte überschuldete sich, um am Volkskapitalismus teilhaben zu können. Dies konnte zum sozialen Abstieg führen, wenn die Kredite nicht mehr bedient werden konnten. Der Abstand zwischen denjenigen, die am »popular capitalism« partizipierten und denjenigen, denen dies nicht möglich war, vergrößerte sich in den 1980er-Jahren. Für die Zunahme sozialer Ungleichheit war allerdings nicht der Volkskapitalismus allein verantwortlich. Weitere wichtige Faktoren waren die von der Thatcher-Regierung durchgeführten Kürzungen im Sozialstaat, die die Schwächsten der Gesellschaft trafen. Auch die Steuergesetzgebung und geringere staatliche Umverteilung trugen zur Zunahme sozialer Ungleichheit insbesondere am oberen und unteren Rand der Gesellschaft bei, die Ende der 1980er-Jahre weiter leicht anstieg.¹²⁰ Die Vision des Volkskapitalismus, von dem letztlich alle profitieren sollten, war damit gescheitert.

Das »right to buy« erlebte jüngst ein aufsehenerregendes Comeback. Im Vorfeld der Unterhauswahlen im Jahr 2015 versprachen die Konservativen in ihrem Wahlprogramm, das »right to buy« auch auf sogenannte »housing associations« auszuweiten. Diese haben seit den 1980er-Jahren zunehmend die Verantwortung über den sozialen Mietsektor übernommen.¹²¹ Das erweiterte »right to buy« erstreckt sich auf 1,3 Millionen Haushalte, die nun das Recht haben, ihre Mietwohnung zu einem Preisnachlass von bis zu 70% zu erwerben.¹²² Das »Help-to-buy«-Programm der Regierung bietet zudem staatliche Kredite und Zuschüsse für alle Hauskäufer an, denn »everyone who works hard should be able to own a home of their own.«¹²³ Auffällig ist neben der wörtlichen Übernahme von Thatchers Rhetorik auch die Kopie der politischen Anreize. Die Idee, wonach »ordinary, hard working people« vom Volkskapitalismus profitieren sollen, besteht demnach fort und wird von den Tories gefördert.

Daran scheinen die Erfahrung der Rezession der späten 1980er- und frühen 1990er-Jahre und das Platzen der Hauspreisblase nichts geändert zu haben. Die politischen Anreize, die zur Steigerung der Hauspreise in den 1980er-Jahren beitrugen, werden wiederbelebt und tragen damit auch aktuell zu den bereits hohen Hauspreisen bei. Unter Labour nahmen allerdings ebenfalls sowohl die Hauspreise als auch die Verschuldung von Privathaushalten seit Mitte der 1990er-Jahre bis 2007/8 zu.¹²⁴ Trotz der fallenden Preise während

120 Vgl. zur sozialen Ungleichheit im Sozialstaat *Winfried Süß*, Armut im Wohlfahrtsstaat, in: *Hans Günter Hockerts*/ders. (Hrsg.), Soziale Ungleichheit im Sozialstaat. Die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien im Vergleich, München 2010, S. 19–41; vgl. in europäischer Perspektive *ders.*, Der bedrängte Wohlfahrtsstaat. Deutsche und europäische Perspektiven auf die Sozialpolitik der 1970er-Jahre, in: AfS 47, 2007, S. 95–126; vgl. zur Diskussion um »health inequalities« in den 1980er-Jahren *Pleinen*, »Health inequalities«. Vgl. zur Steuergesetzgebung und staatlicher Umverteilung: *Marc Buggeln*, Steuern nach dem Boom. Die öffentlichen Finanzen in den westlichen Industrienationen und ihre gesellschaftliche Verteilungswirkung, in: AfS 52, 2012, S. 47–89; *Atkinson*, Distribution of Income and Wealth. Die Zunahme sozialer Ungleichheit in den 1980er-Jahren in Großbritannien ist auch im internationalen Vergleich hoch. Vgl. *Stefan Hradil*, Warum werden die meisten entwickelten Gesellschaften ungleicher?, in: *Windolf*, Finanzmarktkapitalismus, S. 460–483.

121 Vgl. *Peter Malpass*, Housing Associations and Housing Policy. A Historical Perspective, Basingstoke 2000. »Housing associations« sind private Non-Profit-Organisationen, die sozialen Wohnraum zur Verfügung stellen. Sie tragen sich durch die Vermietung ihrer Wohnungen. Vgl. zur genauen Definition dieser »curious entities«: ebd., S. 3–19. Seit dem Wohnungsgesetz von 1988 lösen »housing associations« zunehmend den Staat als Bereitsteller sozialen Wohnraums ab.

122 Conservative Election Manifesto 2015, URL: <<https://www.conservatives.com/manifesto>> [1.9.2016].

123 Ebd. Vgl. das »Help-to-buy«-Programm, das 2013 unter der konservativen Regierung ins Leben gerufen wurde, unter: URL: <<https://www.helptobuy.gov.uk>> [1.9.2016].

124 Vgl. *Hay*, Good Inflation; *Botterill*, Consumer Culture and Personal Finance, S. 157–169.

der jüngsten Krise haben sich die Kosten für ein Haus seit 2002 verdoppelt. Die durchschnittliche Verschuldung lag 2008 bei 170% des verfügbaren Haushaltseinkommens. Es mehren sich daher aktuell Stimmen, die eine erneute Schuldenkrise privater Haushalte in Großbritannien vorhersehen.¹²⁵

125 Office for National Statistics (Hrsg.), Statistical Bulletin. House Price Index, January 2015, 24.3.2015, URL: <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20160105160709/http://www.ons.gov.uk/ons/dcp171778_398690.pdf> [1.9.2016]; Rising Household Debt Is Cause for Alarm, Warns Thinktank IPPR, in: The Guardian, 28.12.2013, URL: <<http://www.theguardian.com/politics/2013/dec/28/rising-household-debt-cause-for-alarm>> [1.9.2016]; Household Debt at Highest for Five Years, Says TUC, in: BBC News, 8.1.2016, URL: <<http://www.bbc.com/news/business-35261373>> [1.9.2016]; Is the UK Facing a Debt Disaster?, in: The Independent, 13.1.2016, URL: <<http://www.independent.co.uk/money/is-britain-facing-a-debt-disaster-a6808086.html>> [1.9.2016]. Vgl. zum medialen Verschuldungsdiskurs in Großbritannien seit den 2000er-Jahren *Botterill*, Consumer Culture and Personal Finance, S. 157–215.